

Protokoll

Nr. 23

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
vom Donnerstag, den 19.12.2024.

Durch Einladung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2024, bereitgestellt im Internet unter www.neu-anspach.de am 13.12.2024 - veröffentlicht im Usinger Anzeiger vom 14.12.2024, waren die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung unter Angabe der Stunde und des Ortes der Versammlung sowie der Gegenstände der Beschlussfassung auf den 19.12.2024 zur Sitzung in das Bürgerhaus im Ortsteil Anspach einberufen worden.

Die Einladung ging mindestens 5 Tage vor der Sitzung zu.

Sitzungsbeginn: 20:03 Uhr

Sitzungsende: 22:30 Uhr

Anwesend waren:

I. Bellino, Holger, **Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung**

II. die Vertreter der Stadtverordnetenversammlung:

1. Holm, Christian
2. Höser, Roland
3. Kirberg, Till
4. Lauer, Jonathan
5. Töpferwien, Bernd
6. Bolz, Ulrike
7. Gemander, Reinhard
8. Hoffmann, Klaus
9. Kraft, Uwe
10. Löffler, Guntram
11. Muschter, Jan
12. Scheer, Christian
13. Dr. Selzer, Dieter
14. Stöckl, Charlotte
15. Weber, Matthias
16. Ziegele, Stefan
17. Scheer, Cornelia
18. Schirner, Andreas
19. Schirner, Regina
20. Utterodt, Anja
21. Birk-Lemper, Karin
22. Fleischer, Hans-Peter
23. von der Schmitt, Christian
24. Ernst, Tobias
25. Jäger, Thomas
26. Lurz, Günther
27. Hollenbach, Werner
28. Komma, Georg
29. Komma, Nicole
30. Dr. Kulp, Kevin
31. Rahner, Judith
32. Siats, Günter
33. Zunke, Sandra

III. vom Magistrat

Strutz, Birger (**Bürgermeister**)

Bletz, Manfred

Dr. Göbel, Jürgen

Meyer, Horst
Planz, Sascha
Scheer, Volker
Schöneich, Joachim
Schubert, Gabriele
Stempel, Jürgen

IV. von der Verwaltung

V. Schriftführer

Schnorr, Mathias

B. Es fehlten

I. die Vertreter der Stadtverordnetenversammlung

Dr. Henritzi, Patrick

II. vom Magistrat

Lauer, Jan
Bosch, Corinna

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, eröffnet die Sitzung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zur Tagesordnung stellt Stadtverordneter Dr. Kevin Kulp den Antrag, den Tagesordnungspunkt 4.3 „Abschluss einer Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung über eine Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) mit der Stadt Usingen im Bereich Stadtwald/Forst“ von der Tagesordnung abzusetzen. Zur Begründung führt er aus, dass beide beteiligten Fachausschüsse eine Verschiebung in die nächste Sitzungsrunde beschlossen haben. Weitere Änderungswünsche liegen nicht vor. Der Vorsitzende lässt über die Absetzung bzw. die geänderte Tagesordnung abstimmen, diese wird einstimmig angenommen. Sie wird wie folgt erledigt:

1. **Ehrungen/Ernennungen**

1.1 **Ehrung des Stadtverordneten Klaus Hoffmann für langjährig ehrenamtliche Tätigkeit sowie der Stadtverordneten Sandra Zunke für langjährig ehrenamtliche Tätigkeit inkl. Verleihung einer Ehrenbezeichnung**

Vorlage: 283/2024

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, führt aus, dass Klaus Hoffmann und Sandra Zunke lange Jahre, über ein Jahrzehnt in verschiedener Verwendung in der Kommunalpolitik tätig gewesen sind. Deshalb werde vorgeschlagen, die entsprechenden Ehrungen vorzunehmen. Sandra Zunke erhalte zusätzlich die Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtverordnete“. Er lässt zunächst über den Beschlussvorschlag abstimmen. Danach bittet er Klaus Hoffmann und Sandra Zunke auf die Bühne. Gemeinsam mit Bürgermeister Birger Strutz übergibt er die Urkunden an die beiden Personen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Stadtverordneten Klaus Hoffmann für über 10-jährige ehrenamtliche Tätigkeit durch die Verleihung einer entsprechenden Ehrenurkunde auszuzeichnen.

Weiter beschließt die Stadtverordnetenversammlung, die Stadtverordnete Sandra Zunke für über 20-jährige ehrenamtliche Tätigkeit durch Verleihung einer Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtverordnete“ zu würdigen.

Beratungsergebnis: 33 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

1.2 Überreichung der Ehrenbriefe des Landes Hessen an die Stadtverordneten Klaus Hoffmann, Cornelia Scheer, Regina Schirner und Matthias Weber sowie an den Stadtrat Dr. Jürgen Göbel

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, bittet die Stadtverordneten Klaus Hoffmann, Cornelia Scheer, Regina Schirner und Matthias Weber auf die Bühne. Er erinnert daran, was er am Abend zuvor, als man mit 300 Menschen bei der Verleihung der Verdienst- und Leistungsnadeln gesessen habe, gesagt habe. Er habe gerne darauf hingewiesen, dass es natürlich den Kommunalpolitikern ein großes Anliegen sei, diejenigen, die sich ehrenamtlich in der Gemeinde, in der Stadt engagieren, zu würdigen und zu ehren. Aber er habe den Multiplikatoren, den Vertretern aus den Vereinen, auch deutlich gemacht und auch darauf hingewiesen, dass das, was man hier mache, auch ehrenamtlich ist. Und wer sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagiere, der werde auch häufig mit Kritik konfrontiert. Was habt ihr da wieder für einen Mist beschlossen und vieles andere mehr. Ganz abhängig davon, dass es die Stadtverordneten sind, die tatsächlich dann auch bereit sind, die Verantwortung und auch den hin- und wieder erfahrenden Ärger auf sich zu nehmen. Das sei ihm ganz wichtig gewesen, denn es stehen alle vor einer Kommunalwahl und es wollen alle wieder dafür werben, dass sich möglichst viele Menschen auf die Listen trauen, dass sie sich engagieren, dass sie mitmachen. Und dann könne man auch diesen Appell wirklich in die Öffentlichkeit reintragen. Er möchte ermuntern, denn es haben alle keinen Grund, sich mit diesem Engagement zu verstecken, auch wenn man manchmal unterschiedlicher Auffassung sei. Das gehöre zur Demokratie dazu. Man traue es sich auch zu, sich für das Beste der Stadt einzusetzen und zu werben. Und deshalb finde er es auch wichtig, dass man das immer wieder in der Öffentlichkeit sage, man mache das auch ehrenamtlich und auch das verdiene nicht immer Zustimmung, aber Respekt. Darauf komme es ihm an und das habe er gestern auch bewusst platziert.

Gemeinsam mit Bürgermeister Birger Strutz übergibt er die Urkunden mit einem symbolischen Handschlag. Dies sei symbolisch, aber sehr wertvoll gemeint, weil es eben für das beschriebene Engagement stehe.

1.3 Bestätigung der Wahl und Ernennung des wiedergewählten stellv. Wehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Hausen-Arnsbach zum Ehrenbeamten auf Zeit

Vorlage: 259/2024

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, bittet den stellvertretenden Wehrführer Florian Weißbrod auf die Bühne. Er bedankt sich für die Bereitschaft, das Ehrenamt erneut für 5 Jahre auszuüben. Man dürfe nie vergessen, dass die Feuerwehrkameraden und andere Hilfsorganisationen dorthinein rennen, wo andere rausrennen.

Bürgermeister Birger Strutz verliest die Ernennungsurkunde. Er gratuliert herzlich zur erneuten Wahl und übergibt die Urkunde. Er bedankt sich auch für das Engagement und wünscht für die Zukunft viel Erfolg.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Wahl von Herrn Florian Weißbrod zum stellvertretenden Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Neu-Anspach, Stadtteil Hausen-Arnsbach zu bestätigen.

Beratungsergebnis: 34 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

2. Genehmigung der Niederschrift Nr. XIII/22/2024 über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2024

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. XIII/22/2024 über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2024 wird zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Beratungsergebnis: 32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)

3. Anträge

3.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Erarbeitung einer Verordnung zum Verbot des Verkaufs und der Weitergabe von Lachgas

Vorlage: 291/2024

SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Kevin Kulp spricht zum vorliegenden Antrag. Seiner Fraktion ging es mit dem Antrag darum, vielleicht auch ein Stück weit präventiv, weil es in der Stadt Neu-Anspach noch nicht so schlimm ist wie in größeren Städten, ein Thema anzusprechen, was in der ganzen Bundesrepublik immer virulenter werde. Wie alle wissen oder wahrscheinlich auch zahlreiche Medienberichten entnommen haben, ist das sogenannte Lachgas, auch wenn sich der Antrag vielleicht deshalb etwas lustig anhöre, ein immer größer werdendes Problem unter Jugendlichen, die dieses Lachgas konsumieren. Zum Teil ist es auch schon im Stadtgebiet auffällig durch die leeren Gasflaschen, die dann zum Teil herumliegen. In größeren Städten ist das deutlich mehr, in öffentlichen Grünanlagen. Letztendlich führt dieses Lachgas zu Schädigungen extremer Art, ist allerdings eine freiverkäufliche Ware, weil es nicht Droge per se ist wie das, was man üblicherweise so kennt. Derzeit gibt es keine übergesetzlichen Regelungen zu diesem Thema, sodass hier Raum für die Kommunen greift oder ist mit sogenannten Gefahrenabwehrverordnungen, der Lage selbst Herr zu werden. In den Medien war ja bereits zu hören, dass die Stadt Hanau entsprechende Schritte eingeleitet hat. Darum stelle seine Fraktion auch hier den entsprechenden Antrag, dass der Magistrat gebeten wird zu prüfen, eine Gefahrenabwehrordnung zu dem Thema zu erarbeiten. Gleichzeitig ist es aber auch klar, dass die Verfolgung von Drogenmissbrauch nicht nur repressiv erfolgen kann, sondern auch präventiv erfolgen muss. Dementsprechend ist auch der zweite Teil der Antrag, dass in Zusammenarbeit mit der Adolf-Reichwein-Schule entsprechend Präventionsprogramme entwickelt werden. Man habe ja auch entsprechende Gelder für Drogenhilfe im Haushalt stehen. Insofern sei das gut eingesetztes Geld.

Für die CDU-Fraktion begrüßt Stadtverordnete Charlotte Stöckl, dass mittlerweile auch andere Fraktionen hier im Parlament bemerkt haben, dass es in Neu-Anspach vor allem auch gerade mit der Drogenkriminalität ein Problem gebe. Da wurde die CDU-Fraktion in der Vergangenheit ja oft belächelt, gerade bei Themen wie Kompass, wo man schon früh dabei war. Trotzdem gehe die CDU-Fraktion nicht ganz mit der Argumentation des Antrags mit. Man sehe definitiv die Problematik von der Abgabe von Lachgas an Minderjährige, das sei ein Problem. Das sei in den Medien problematisiert worden. Allerdings sehe man nicht, dass das hier im Kleinen in der Stadt Neu-Anspach gelöst werden könne. Sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung haben sich mit dem Thema ja bereits befasst. Die Bundesregierung, die ja bereits ein Gesetz zum Abgabeverbot von Lachgas an Kinder und Jugendliche in ihrer Regierung zumindest auf den Weg gebracht hat, wobei man davon ausgehen kann, dass das Gesetz wahrscheinlich in dieser Legislaturperiode nicht mehr umgesetzt werden kann. Deswegen würde die CDU-Fraktion zwingend auf eine bundeseinheitliche Regelung pochen, denn ansonsten entstehe ein Flickenteppich. Nur weil in Neu-Anspach die Abgabe verboten ist, heißt es ja nicht, dass die Kinder und Jugendliche woanders an die „Droge“ kommen können. In Wehrheim und in Usingen wäre ja der Verkauf weiterhin gestattet. Daher würde es die CDU-Fraktion begrüßen, wenn weiterhin auch eben über Kanäle in den eigenen Parteien und Fraktionen an die Bundesregierung appelliert wird, dass es eine einheitliche Regelung gibt. Dennoch, vielleicht auch dann, wenn die Bundesregierung ein Gesetz schafft, wo es gegebenenfalls auch Präventionskampagnen gibt, befürworte man natürlich auch, gemeinsam mit Schulen und anderen Vereinen die Prävention voranzutreiben. Deswegen ist der zweite Teil des Antrags natürlich voll im Ermessen der CDU-Fraktion. Deswegen könne man aber so der Form aktuell nicht zustimmen.

Stadtverordnete Karin Birk-Lemper von der FWG-UBN-Fraktion findet, der vorliegende Antrag sei ganz interessant. Sie wisse auch, dass das Ordnungsamt und viele andere das in Neu-Anspach schon alles beobachtet haben. Genau das, was der Kollege Dr. Kulp geschildert habe, sei ja in der Umgebung zu erkennen und zu sehen. Und deswegen habe sich ihre Fraktion überlegt, den Antrag zu erweitern. Generell könne sie der Vorrednerin so zustimmen, es brauche eine einheitliche Geschichte. Sie würde in die Prüfung mitaufnehmen, ob nicht ein Pfand auf diese Kartuschen, ähnlich wie bei dem Wassermax, erhoben werden könne. Das wäre, so ihre Meinung, auch eher nochmal eine Einheit. Dann würden die Kartuschen auch nicht herumliegen und

nicht mal versuchsweise einfach gekauft. Das andere sei natürlich das mit dem zweiten Teil. Der ist natürlich richtig und wichtig und gelte für andere Dinge genauso. Und hier sei natürlich mit aufzunehmen, das erhebt sie zum Antrag, dass man gerne Schulen, da wären die Grundschulen auch schon ganz wichtig, der Streetworker, das Jugendhaus, das Ordnungsamt an den Aktionen beteilige. Aber sie wisse auch, dass der Streetworker und auch die Kollegen aus dem Jugendhaus mit dem Kreis sehr eng vernetzt sind und sich einmal im Monat mit den anderen Jugendpflegern im Hochtaunuskreis treffen. Sie stellt den Antrag, die Organisationen/Gruppierungen ganz konkret aufzunehmen.

b-now-Fraktionsvorsitzender Christian Holm gibt an, er hatte vor einigen Monaten die Möglichkeit, nach einer Sitzung des Sozialausschusses mit einem Jugendarbeiter zu sprechen und dabei habe er ihn offen gefragt, was ist eines der größten Probleme, was er sehe. Die Antwort war klar, Lachgas. Ganz klar. Ohne nachzudenken, Lachgas. Das Zweite sei der Punkt, den einige der Vorredner genannt haben, Kinder denken nicht in den Kategorien schädlich, die denken in den Kategorien verboten, nicht verboten. Die Aussage, dass man etwas nicht verbiete, erlaube es. Wenn es frei verkäuflich ist, darf ich es nutzen, dann kann ich es missbrauchen, dann kann ich was machen, was ich damit will. Das sei der Punkt, wo man einschreiten müsse. Durch ein Verbot, auch wenn es lokal ist, Flickenteppich hin oder her, setze man das Signal, es ist verboten, der Verkauf wird nicht weiter gefördert. Kioskbetreiber, kleine Läden, die das verkaufen, merken dann, okay, wir geben es nicht mehr ab, wir reduzieren diesen Bezugsweg. Und da brauche man nicht auf eine Regierung irgendwo, auf Vorlagen, auf Prozesse, auf irgendwelche Abstimmungen irgendeiner Zukunft zu warten, das sind unsere Kinder. Jetzt stoppen ist die Aussage der b-now-Fraktion.

Für die SPD-Fraktion erklärt Stadtverordnete Judith Rahner, man könne sich den Ergänzungen der Freien Wähler anschließen, das könne man in den Antrag aufnehmen. Von der Argumentationslinie der CDU-Fraktion fühle sie sich tatsächlich ein bisschen irritiert und ehrlicherweise auch an vergangene Diskussionen erinnert. Das fange mit „Ist ja eine gute Idee, aber...“ an und dann setze ein beliebiger Formalismus ein, mit dem man es irgendwie schlechtreden kann. Natürlich sei es sinnvoll, das flächendeckend zu machen, gar keine Frage, das sei sicherlich die beste Lösung. Aber deswegen gar nichts zu tun, das sehe sie überhaupt nicht ein. Und es sei ihrer Meinung nach deutlich besser, es zumindest hier im Ort zu verbieten, in der Hoffnung, dass sich vielleicht auch andere Kommunen anschließen, so wie ihre Fraktion ja jetzt auch nach Hanau geschaut habe. Und nur, weil die große Lösung fehle, keine kleine zu versuchen, finde sie absolut falsch.

Stadtverordnete Cornelia Scheer von der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen teilt mit, sie müsse jetzt mal tatsächlich sagen, der Antrag sei nicht schlecht, der sei wirklich gut. Es sei ein Prüfantrag. Die Stadt Hanau habe das beschlossen, den Magistrat prüfen zu lassen. Das sei eine sehr, sehr ähnliche Formulierung. Eingbracht in Hanau wurde der Antrag von der CDU-Fraktion gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern SPD und FDP. Von daher, die Fraktion Bündnis'90/Die Grünen befürwortet den Antrag. Es sei ein Prüfantrag, man könne nur etwas Positives bewirken.

CDU-Fraktionsvorsitzende Ulrike Bolz gibt zu, dass sich ihre Fraktion selbstverständlich kundig gemacht habe. Auch in Frankfurt am Main wurde ein Antrag von der CDU eingebracht. Die CDU-Fraktion möchte sich angesichts der Diskussion hier allerdings den zum Teil sehr drastischen Argumenten nicht verschließen und werde den Antrag mittragen. Allerdings sehe man die Prüfung, ob Pfand erhoben werden kann hier in Neu-Anspach, kritisch. Das halte man für schwierig. Aber wenn auch das geprüft werden soll, wird es daran sicherlich nicht scheitern. Die Kollegin Birk-Lemper habe sehr gut vorgetragen, die Breite derer, die hinzugezogen werden sollen, zu erweitern. Es gibt in Usingen, und zwar für alle Schulen, die Sucht- und Drogenberatungsstelle, die gehört da unmittelbar mit hinzugezogen. Also insofern, wenn man das auf so breite Füße stellen kann, gehe die CDU-Fraktion bei dem Antrag mit.

Stadtverordneter Bernd Töpferwien von der b-now-Fraktion möchte dringend vor dem Thema Pfand warnen, das könnte zu einem Taschengeld-Aufbesserungsinstrument werden, wenn sich Jugendliche außerhalb von Neu-Anspach mit dem Lachgas versorgen, keinen Pfand zahlen und dann hier Pfand einfordern.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, macht deutlich, dass es ja ein Prüfantrag sei. Er glaube, das eine oder andere lasse sich dann wirklich sehr schnell prüfen, weil es vielleicht nicht geht. Aber der Hauptpunkt ist seines Erachtens die Prävention, dass man da versucht, entsprechend tätig zu werden. Und alles andere könne man prüfen, wie die rechtlichen Restriktionen sind, werde man dann sehen. Aber das ernste Thema sei es mit Sicherheit wert.

FDP-Stadtverordneter Stefan Ziegele erklärt, ihm sei die Präventionsarbeit absolut wichtig. Er schließe sich natürlich dem Antrag an, was den Verkauf betrifft, aber die Präventionsarbeit sollte hier in Neu-Anspach ganz gezielt im Jugendhaus, in der aufsuchenden Jugendarbeit und auch im Jugendforum thematisiert werden. Und nicht nur die Schulen, sondern man habe auch Einrichtungen in Neu-Anspach, die durchaus in der Lage sind, so ein Thema breit zu tragen und breit zu kommunizieren.

Stadtverordneter Uwe Kraft von der CDU-Fraktion erklärt, bei der inhaltlichen Diskussion, der nur beizupflichten ist, sei ihm Blitzidee eingefallen. Es wurde gesagt, Lachgas ist legal erwerbbar. Und zum Wohl der Kinder und Jugendlichen wolle man da präventiv arbeiten. Er gebe mal zu bedenken, ob man dann auch nicht vielleicht aus gleichem Grund überprüfen sollte, ob man eine Möglichkeit haben, den Erwerb und Konsum in der Öffentlichkeit von Cannabis, was natürlich genauso gefährlich für Kinder und Jugendliche ist, weil seit Generationen es immer als Einstiegsdroge genannt wurde, für härtere Drogen, ob man hier in dem Präventivbereich das nicht auch gleich nochmal mitprüfen sollte.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu bitten, die Erarbeitung einer Verordnung zu prüfen, die den Verkauf und die Weitergabe von Lachgas (Distickstoffmonoxid) an Minderjährige im Stadtgebiet Neu-Anspach verbietet. In Zusammenarbeit mit der Adolf-Reichwein-Schule, den beiden Grundschulen, dem Streetworker, dem Jugendhaus, dem städtischen Ordnungsamt sowie dem Kreis-Gesundheitsamt sollen Präventionsprogramme entwickelt werden. Auch soll eine mögliche Erhebung von Pfand auf die Lachgaskartuschen beim Verkauf geprüft werden.

Beratungsergebnis: 33 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

4. Punkte ohne Aussprache

4.1 Beschluss über die Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens im Zuge der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Rudolf-Diesel-Straße 2“

Vorlage: 255/2024

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens sowie der Zulassung einer Abweichung von den Zielen des Regionalplanes Südhessen 2010 und des Landesentwicklungsplanes Hessen zu beantragen, um auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für den vorgesehenen Neubau des Lebensmittelmarktes der Firma Aldi Süd auf den Flächen des gegenwärtigen Standortes schaffen zu können.

Beratungsergebnis: 34 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

4.2 Informelle Bauvoranfrage für den Bau von 12 Reihenhäusern in der Usinger Straße 43 in Westerfeld nach § 34 BauGB

Vorlage: 271/2024

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der informellen Bauvoranfrage für den Neubau von 12 Reihenhäusern mit Carports und einem Privatweg auf dem Grundstück Usinger Straße 43 in Westerfeld (Gemarkung Westerfeld, Flur 5, Flurstück 245/1) zuzustimmen.

Beratungsergebnis: 34 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

4.3 Abschluss einer Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung über eine Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) mit der Stadt Usingen im Bereich Stadtwald/Forst

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

5. Punkte mit Aussprache

5.1 Grundsatzbeschluss zur Durchführung einer zweiten Änderung des Bebauungsplans des Wochenendhausgebiets „Am Kirchbergerfeld II“ (Auf der Hirschhöhe)

Vorlage: 218/2024

Für den Bauausschuss berichtet Ausschussvorsitzender Guntram Löffler. Der Bauausschuss habe den Beschlussvorschlag mit sieben Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Direkt im Anschluss verliest Stadtverordneter Guntram Löffler von der CDU-Fraktion einen Änderungsantrag, wonach im Absatz 2 alle Kosten für eine Änderung des Bebauungsplanes, die Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes, die Erschließungskosten, alle Kosten für die Ausgleichsmaßnahmen einschließlich der entstehenden Folgekosten für die Ausgleichsmaßnahmen zu ermitteln sind und anschließend mit den Bewohnern zu besprechen sind. Das Ergebnis soll dann in die Gremien zu weiteren Beratung getragen werden. Die Erfassung der Kosten bedeutet nicht, dass automatisch eine Änderung des Bebauungsplanes folgt.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, erklärt, dass er das in dem vorweihnachtlichen Frieden zugelassen habe, obwohl er zunächst danach gefragt hatte, ob es aus den Ausschüssen etwas zu berichten gibt. Das war der erste Satz des Beitrages des Kollegen Löffler. Und dann habe auch niemand widersprochen, man kann das ja auch so machen, hat sich direkt dann die Stellungnahme der CDU-Fraktion angeschlossen. Das gebe er hier zu Protokoll, dass man das dann in einem gemacht habe. Er bittet darum, dies zukünftig zu trennen, Bericht des Ausschusses, und dann später, was die Fraktion dazu meint. Und es gibt jetzt seitens der CDU in diesem Beitrag einen neuen Vorschlag.

SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Kevin Kulp fragt, ob er den Antrag der CDU-Fraktion richtig verstehe, dass eigentlich doch de facto der erste Beschlussabsatz komplett gestrichen werde, weil man gerne eine Prüfung des Ganzen hätte und dass es dann nochmal in die Gremien soll. Und das ist faktisch eine Streichung des kompletten ersten Absatzes. Also er entnehme dem, man wolle das sozusagen mit Prüfung nochmal verschieben. Dem könne sich die SPD-Fraktion anschließen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass alle Kosten für eine Änderung des Bebauungsplanes, alle Kosten für die Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes, alle Erschließungskosten, alle Kosten für die Ausgleichsmaßnahmen einschließlich der entstehenden Folgekosten für die Ausgleichsmaßnahmen zu ermitteln und anschließend mit den Bewohnern bzw. Eigentümern zu besprechen sind. Das Ergebnis soll dann zur weiteren Beratung in die städtischen Gremien getragen werden.

Die Erfassung der Kosten bedeutet nicht, dass automatisch eine Änderung des Bebauungsplans folgt.

Beratungsergebnis: 32 Ja-Stimme(n), 2 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**5.2 Neubau eines Betreuungs- und Ganztagszentrums mit Mensa an der Grundschule an der Wiesenau
Abschluss eines Öffentlichen-rechtlichen Vertrages**

Vorlage: 276/2024

SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Kevin Kulp möchte nochmal für die SPD-Fraktion sagen, dass man der Vorlage, wie schon in den Ausschüssen, nicht zustimmen werde, aus zwei Gründen. Erstens sei fraglich, wo und ob überhaupt dort ein Betreuungszentrum gebaut werden könne. Das sei sozusagen die Platzfrage, die sich da ja virulent stelle. Insofern sei das vor dem Hintergrund sehr theoretisch, zumindest an dem Standort. Zweitens missfalle seiner Fraktion massiv die Art und Weise, wie der Kreis mit den Kommunen hier umgehe. Das wurde ja von allen anderen Fraktionen im Ausschuss genauso gesehen. Für die SPD-Fraktion ist nur die Folge dieses Umgangs, dass man sich als Stadt in der Form nicht erpressen lassen könne. Es könne nicht sein, dass kurz vor Weihnachten oder kurz vor Silvester, also der letzten Sitzungsrunde, eine Vorlage reingegeben werde, in der es heißt, ihr müsst dem jetzt zustimmen, oder es drohen noch höhere Kosten, hinsichtlich derer sich im Ausschuss ja ohnehin herausgestellt hat, dass die Zahl möglicherweise auch eher unrealistisch ist, die sich da als Kostenansatz darstellt, sondern sozusagen auch sehr weite Zukunftsmusik ist. Und vor dem Hintergrund, dass man, so glaubt er, auch als Kommune da selbstbewusst sagen kann, das lasse man in der Form nicht mit sich machen, werde die SPD-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen.

CDU-Fraktionsvorsitzende Ulrike Bolz glaubt, dass in einem Punkt jede Fraktion dem Kollegen Dr. Kulp im Moment rechtgebe, nämlich der Zeitpunkt der Vorlage und die Art und Weise. Sie glaubt weiter, das bei allen ankam, friss oder stirb. Und das sei nicht in Ordnung. Das habe man aber in den Ausschüssen auch ausreichend ausgesagt. Allerdings sei es wichtig, die Betreuung der Schüler auf vernünftige Füße zu stellen. Und vor dem Hintergrund werde die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen. Vor dem Hintergrund allerdings, dass der Bürgermeister vorgetragen hat, dass er versuchen wird, die Zahlungsziele zu strecken. Das hat er in den Ausschüssen auch gesagt. Sie hoffe, dass das gelingt. Auch habe die Grundschule an der Wiesenau inzwischen signalisiert, und die Eltern wollen es sowieso, dass sie ein großes Interesse daran haben, dass ein solches Betreuungszentrum umgesetzt wird.

b-now-Fraktionsvorsitzender Christian Holm sagt aus, dass analog zu den Vorrednern auch seine Fraktion die Art und Weise, wie der Antrag eingebracht wurde, als fragwürdig empfand, die auf keinen Fall jetzt zur Schule werden sollte. Sodass jedes Jahr im Dezember vom Kreis eine Einladung kommt, bisschen was zu bezahlen oder besonders viel. Das fand seine Fraktion nicht akzeptabel. Inhaltlich gab es einige Debatten, ob man nicht eine Aula nutzen könnte, die dort existiert. Es gab dann Gründe, die dafür sprachen, Gründe, die dagegen sprachen. In Summe erscheint hier der Zeitdruck nicht angemessen. Man werde hier finanziell unter Druck gesetzt. Und er glaubt, dass es vielleicht die ein oder andere Lösung gibt, die hier überhaupt nicht auf dem Tisch liegt. Insofern werde sich die b-now-Fraktion enthalten.

Stadtverordnete Cornelia Scheer von der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen gibt an, ihre Fraktion hatte ja im Ausschuss auch schon sehr den Unmut kundgetan. Und sie könne sich auch nicht vorstellen, dass innerhalb von einem Tag, sprich vom 31.12. auf den 01.01., die Kosten von 2,8 Millionen auf 4 Millionen steigen. Aus finanzpolitischer Sicht müsse sie sagen, das geht so nicht. Man habe nichts, absolut nichts in der Hand. Man wisse, das Gesetz kommt, der Anspruch auf Grundschulbetreuung ist da, ab 2026. Man wisse auch, dass man was bauen müssen, analog zur Hasenbergschule. Die Kollegin Stöckl hatte das in der letzten Sitzung auch sehr schön ausgeführt. Ja, Gewissheit muss da sein für die Eltern und für die Kinder. Aber Baukosten sind massiv wichtig. Neu-Anspach sei eine Klimaschutzkommune. Ihre Fraktion möchte, dass auch Klimaschutz gemacht wird. Wie wird denn gebaut? Wird nachhaltig gebaut? Ja oder nein? Man wisse überhaupt nichts, aber man soll jetzt schon festlegen, dass pro einzurichtender Gruppe eine feste Betriebskostenumlage pro Monat von 1.350 Euro zu zahlen sei. Keiner wisse, wie sich das zusammensetzt, und keiner wisse, wie das verursacht wird. Aber eine Einzelkostenabrechnung erfolgt nicht. Es könne doch nicht sein, dass Neu-Anspach dafür bluten muss, dafür, dass eine mit Sicherheit komplett richtige Sache zur Verfügung gestellt wird. Zu dem Zeitpunkt, wenn die Stadtverordneten die Haushaltsberatungen eigentlich schon abgeschlossen haben, und wirklich den Haushalt ausgequetscht haben, bis zum geht nicht mehr, so etwas hier präsentiert kriegen. Sie habe es schon mal im Ausschuss gesagt, dafür keine Mehrheit bekommen, dass man noch mal ins Gespräch gehen könnte mit dem Kreis und nähere Informationen erbete. Ihre Fraktion werde sich heute, weil man wisse, dass es notwendig ist, dieser Sache enthalten. Zustimmung werde man nicht.

Bürgermeister Birger Strutz beantwortet die Frage von Herrn Dr. Kulp. Der Kreis habe dort genau das Grundstück, was er bebauen möchte. Also das sei dort vorhanden, den Platz gebe es. Also das sei für ihn kein Argument. Man müsse jetzt auch oder dürfe es nicht außer Acht lassen, dass sehr wohl bekannt ist, dass der Kreis, das Land und massiv der Bund in finanziellen Schwierigkeiten stehe. Und sein Lieblingsspruch sei immer, wer die Kapelle bestellt, bezahlt. In dem Fall habe der Bund bestellt. Da müsse man hinkommen. Konnexität. Es könne nicht sein, dass die ihren großen Eimer von Berlin über die Länder ausschütten und sagen, man brauche jetzt mal ein bisschen Kohle. Und da sei er guter Hoffnung, dass das im nächsten Jahr angepackt werde. Er bittet auch noch mal daran zu denken, als das Hessische Ministerium der Finanzen im Haupt- und Finanzausschuss zu Gast war und die Situation einmal sehr, sehr intensiv und detailliert beleuchtet hat. Da wurde festgestellt, dass 35,5 Prozent der Familien, die in Neu-Anspach leben, Kinder haben. Und man kämpfe momentan um die Kitakosten. Da sei man aktuell dran an dem Thema. Und er glaubt, man müsse dabei im

Auge behalten, dass diese Kinder aus den Kindergärten in die Schulen gehen. Da sollte es in aller Sinne sein, diese Kinder auch dort vernünftig zu betreuen. Dass es nicht die Aufgabe der Kommune sei, wisse er auch. Und der Kreis wird der Stadt dieses Angebot unterbreitet haben mit dem Wissen, in 2025 sei man nicht mehr mit 700.000 Euro pro Gruppe dabei, sondern mit einer Million Euro. Das habe natürlich mit der finanziellen Situation des Kreises zu tun. Der RP werde auf 100 Prozent Weitergabe der entstehenden Kosten perspektivisch pochen. Und da waren sich die Stadtverordneten im Haupt- und Finanzausschuss darüber einig, dass man das Risiko nicht gehen möchten. Und das bittet er auch noch mal zu bedenken.

FDP-Stadtverordneter Stefan Ziegele kann einigen Rednerinnen und Rednern zustimmen. Es sei ein Zustand, in dem man nichts wisse. Man wisse nur, dass man nächstes Jahr, wenn die Entscheidung zu spät falle, 1,2 Millionen Euro mehr zahlen müsse. Ich würde natürlich auch der Kollegin Bolz folgen, die Entscheidung auf vernünftige Füße zu stellen. Aber das könne man nicht, weil man einfach nicht wisse, was hier produziert wird, was hier erstellt wird. Und er sehe es in seiner Pflicht als Stadtverordneter hier zu sagen, wenn er nicht wisse, worum es geht. Er kenne nur das Ziel, aber nicht den Weg, also könne er diese Entscheidung nicht fällen. Er wird sich der Stimme enthalten.

Stadtverordnete Cornelia Scheer bittet um eine Sitzungsunterbrechung für 5 Minuten.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, bittet darum, dass die Damen und Herren Stadtverordnete wieder an die Tische kommen. Die Sitzung wird fortgesetzt.

Stadtverordnete Cornelia Scheer sagt aus, ihre Fraktion habe sich noch mal eindeutig beraten. Man bleibe theoretisch bei der grundsätzlichen Einstellung dazu. Man müsse dem jetzt aber zustimmen, weil sonst habe man die Unsicherheit für die Bürgerinnen und Bürger. Und die 4 Millionen Euro, die tatsächlich leider Gottes auch im Raum stehen. Man sei natürlich immer noch der Meinung, die man vorher kundgetan habe. Ihre Fraktion werde dem dann zustimmen.

Stadtverordnete Karin Birk-Lemper glaubt, ihre Aussage sei jetzt nicht mehr ganz so wichtig. Sie wolle dazu sagen, die Wiesenau-Grundschule sei schon seit längerem Pakt für den Nachmittag. Das sei die Hasenberg-Grundschule nicht. Und die Hasenberg-Grundschule habe schon seit längerem das Betreuungszentrum. Aber es sei sicher, die Wiesenau-Grundschule werde schneller Ganztagschule sein wie die Hasenbergschule. Und damit, so ihre Meinung, könne man den Kindern und den Familien wirklich Gutes tun, dass man heute da zustimme.

Stadtverordneter Christian Holm möchte die Aussage von vorhin wiederholen. Er empfinde es als dreist und ungehörig, dass man hier nicht genügend Zeit für eine gründliche Diskussion habe. Man sei hier mit verschiedenen Fakten konfrontiert, die beide ihre Richtigkeit haben. Aber man habe nur zwei Optionen und beide seien schlecht. Er könne keine der beiden Optionen einem Bürger erklären. Warum hast du mehr Geld bezahlt für etwas, was nicht notwendig war? Warum hast du wenig Geld bezahlt für etwas, was du hättest schieben können? Beide Optionen seien schlecht. Er könne verstehen, dass man nicht mehr ablehnen möchte. Aber zustimmen könne seine Fraktion dem nicht.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, folgenden Öffentlich-Rechtlichen Vertrag mit dem Hochtaunuskreis abzuschließen:

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

zwischen

**dem Hochtaunuskreis, dieser vertreten durch den Kreisausschuss,
Ludwig-Erhard-Anlage 1-5, 61352 Bad Homburg v. d. Höhe**

- nachfolgend „Kreis“ genannt

und

**der Stadt Neu-Anspach, diese vertreten durch den Magistrat,
Bahnhofstraße 26, 61267 Neu-Anspach**

- nachfolgend „Stadt“ genannt

Vorbemerkung

Der Kreis beabsichtigt an der Grundschule an der Wiesenau unter Beteiligung der Stadt auf dem Schulgrundstück „Wiesenau“ ein Betreuungs- und Ganztagszentrum mit Mensa zu errichten.

Mit diesem Vertrag werden die Einzelheiten zu dem vorstehend genannten Bauvorhaben geregelt. Er schafft die vertraglichen Voraussetzungen und regelt die finanziellen Beteiligungen der Vertragspartner. Die weiteren Einzelheiten über die Betriebsorganisation, die Sach- und die Personalausstattung bleiben einer gesonderten Vereinbarung vorbehalten.

§ 1

Gegenstand der Vereinbarung

(1) Der Kreis ist Eigentümer des Grundstücks Gemarkung Anspach, Flur 45, Flurstück 765/1 mit einer Gesamtgröße von 49.765 m². Es handelt sich um das Schulgrundstück der Grundschule an der Wiesenau und der Adolf-Reichwein-Schule, das bereits mit mehreren Schulgebäuden sowie zwei Sporthallen bebaut ist.

Der Kreis beabsichtigt auf diesem Grundstück nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages ein Betreuungs- und Ganztagszentrum mit Mensa für vier Betreuungsgruppen einzurichten.

§ 2

Errichtung Betreuungs- und Ganztagszentrum

(1) Der Kreis verpflichtet sich als Eigentümer und Bauherr an der Grundschule an der Wiesenau die räumlichen Voraussetzungen für die Einrichtung eines Betreuungs- und Ganztagszentrums mit Mensa für vier Betreuungsgruppen zu schaffen.

Im Betreuungszentrum sollen

1. die verlässliche Halbtagsschule,
2. Schulangebote im Nachmittagsbereich sowie
3. ein hortähnliches Angebot mit Mittagsverpflegung und Hausaufgabenbetreuung

in einem Betreuungsmodell zusammengefasst und konzeptionell miteinander verbunden werden.

(2) Das Raumkonzept für das zu errichtende Betreuungs- und Ganztagszentrum mit Mensa liegt als **Anlage 1** bei und wird Vertragsbestandteil.

Von der Grundschule an der Wiesenau, dem Staatlichen Schulamt und dem Kreis als Schulträger werden derzeit Überlegungen angestellt, vom herkömmlichen, vorstehend beschriebenen Konzept eines Betreuungszentrums abzuweichen und die Schule zu einer Schule mit ganztägigen Angeboten weiter zu entwickeln. Am Raumprogramm für den Betreuungs- bzw. Ganztagsbereich ändert dies jedoch nichts.

(3) Der Kreis wird die Errichtung des Betreuungs- und Ganztagszentrums mit Mensa im Einvernehmen und enger Abstimmung mit der Stadt durchführen. Die Beteiligten sind sich darin einig, dass die Auftragsvergabe nach öffentlicher Ausschreibung möglichst so erfolgen soll, dass das Betreuungs- und Ganztagszentrum mit Mensa schlüsselfertig von einem Generalunternehmer - gegebenenfalls auch in modularer Bauweise - errichtet wird.

(4) Der Kreis und die Stadt verpflichten sich, das Konzept für die an Grundschulen des Kreises eingerichteten Betreuungszentren standortbezogen so auszugestalten und falls erforderlich so anzupassen, dass das Konzept in geeigneter Weise in das Schulprogramm integriert wird und eine verlässliche Ganztagsbetreuung sichergestellt wird.

§ 3

Kostenverteilung Betreuungszentrum

(1) Für die Bereitstellung der räumlichen Voraussetzungen gemäß § 2 zahlt die Stadt an den Kreis einen pauschalierten Investitionskostenzuschuss (im Folgenden: Investitionspauschale) in Höhe von 2.800.000 € brutto.

Die von der Stadt an den Kreis zu zahlenden Investitionspauschale in Höhe von 2.800.000 € wird in vier gleichen Teilen nach folgendem Zahlungsplan fällig:

- 1. Zahlung: 700.000 € bis zum 31.12. des Jahres des Baubeginns
- 2. Zahlung: 700.000 € bis zum 30.06. des auf die 1. Zahlung folgenden Jahres
- 3. Zahlung: 700.000 € bis zum 30.06. des auf die 2. Zahlung folgenden Jahres
- 4. Zahlung: 700.000 € bis zum 30.06. des auf die 3. Zahlung folgenden Jahres

(2) Die Stadt zahlt dem Kreis für die Betriebskosten des Betreuungszentrums gemäß § 2 Betriebskostenverordnung, die als **Anlage 2** beigelegt und Vertragsbestandteil ist, und die Bauunterhaltungskosten pauschal einen Betrag von 1.350 € pro tatsächlich eingerichteter hortähnlicher Betreuungsgruppe und Monat.

Eine gesonderte Abrechnung der Kosten erfolgt nicht. Die Zahlungspflicht beginnt mit dem Monat, in dem die Nutzung der eingerichteten Betreuungsgruppe(n) einsetzt. Die Pauschale ist jeweils quartalsweise im Voraus zu entrichten.

Verändert sich der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Verbraucherpreisindex um mindestens 5 % gegenüber dem Indexstand des Monats, in dem die Nutzung der jeweiligen eingerichteten Betreuungsgruppe einsetzte, bzw. – wenn bereits eine oder mehrere Anpassungen der Betriebskostenpauschale erfolgt sind – gegenüber dem Indexstand des Monats der jeweils letzten Anpassung, so kann jede Partei eine Anpassung der Betriebskostenpauschale verlangen, die der jeweils maßgeblichen prozentualen Indexänderung entspricht. Die neue Betriebskostenpauschale ist ab dem auf das Anpassungsverlangen folgenden Monat zu zahlen. Sofern die Veröffentlichung des Verbraucherpreisindex eingestellt wird, verpflichten sich die Vertragsparteien, eine vertragliche Änderung dahingehend zu erreichen, dass der bisher vereinbarte Preisindex durch den neu eingeführten Preisindex oder den Preisindex, der dem bisher vereinbarten Index am nächsten kommt, ersetzt wird.

§ 4

Übergang zur Ganztagschule auf Grund landesgesetzlicher Bestimmung

(1) Wird die Grundschule an der Wiesenau auf Grund landesgesetzlicher Bestimmung zu einer verbindlichen Ganztagschule (Ganztagsangebot im Profil 3), erlöschen ab diesem Zeitpunkt die Ansprüche des Kreises nach § 3 Abs. 1 u. 2.

(2) Wird die Schule innerhalb von 10 Jahren nach Inbetriebnahme des Betreuungszentrums auf Grund landesgesetzlicher Bestimmung zu einer verbindlichen Ganztagschule (Ganztagsangebot im Profil 3), erstattet der Kreis anteilig nach Maßgabe der unten stehenden Tabelle die von der Stadt nach § 3 Abs. 1 gezahlte Investitionspauschale.

Zeitspanne seit tatsächlicher Inbetriebnahme	Anteil
im 1. Jahr	100%
im 2. Jahr	90%
im 3. Jahr	80%
im 4. Jahr	70%
im 5. Jahr	60%
im 6. Jahr	50%
im 7. Jahr	40%
im 8. Jahr	30%
im 9. Jahr	20%
im 10. Jahr	10%

§ 5

Haushaltsrechtliche Absicherung

(1) Soweit die Finanzierung der Maßnahmen haushaltsrechtlich noch nicht gesichert ist, beabsichtigen der Kreis und die Stadt die erforderlichen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

(2) Sollte einer der Vertragspartner nicht oder nicht in dem vorgesehenen zeitlichen Rahmen in der Lage sein, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung dieses Vertrags zu schaffen, so werden die Vertragspartner den Vertrag ganz oder teilweise aufheben oder den veränderten Verhältnissen anpassen.

Das gilt auch dann, wenn die Maßnahmen aus anderen als haushaltsrechtlichen Gründen nicht oder nicht in dem oben beschriebenen zeitlichen Rahmen umgesetzt werden können.

§ 6

Salvatorische Klausel, Schlussbestimmungen

(1) Für den Fall, dass sich wesentliche Elemente dieses Vertrags nicht verwirklichen lassen, vereinbaren die Vertragsparteien über die Leistungsbeziehungen neu zu verhandeln, um die in dem Vertrag derzeit enthaltene Gewichtung der wechselseitigen Interessen im beiderseitigen Interesse gleichwertig aufrecht zu erhalten.

(2) Jede Änderung oder Ergänzung dieses Vertrags bedarf der Schriftform; dies gilt auch für den Verzicht auf Schriftform. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.

(3) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam sein oder werden, berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen. Kreis und Stadt verpflichten sich, die unwirksamen Bestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem Gewollten am nächsten kommen. Für Regelungslücken gilt die vorstehende Bestimmung entsprechend.

(4) Dieser Vertrag wird 2-fach ausgefertigt. Kreis und Stadt erhalten jeweils ein vollständig unterschriebenes Exemplar.

Beratungsergebnis: 20 Ja-Stimme(n), 9 Gegenstimme(n), 5 Stimmenthaltung(en)

5.3 Bericht über die Prüfung der Kindertagesstätten der Stadt Neu-Anspach

Vorlage: 265/2024

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet Ausschussvorsitzende Ulrike Bolz. Der Haupt- und Finanzausschuss hatte zum einen über die Fragestellung bezüglich der freien Träger zu entscheiden. Kündigt man die laufenden Verträge oder sollen sie nicht gekündigt werden? Beschlossen wurde mehrheitlich, dass die Verträge mit den freien Trägern, wie sie jetzt laufen, nicht gekündigt werden sollen. Und zum zweiten wurde ein Antrag gestellt, wonach der Magistrat beauftragt wird, mit den freien Trägern in Verhandlungen auf der Grundlage der Ergebnisse des Prüfberichts einzutreten, mit der Maßgabe, dass die neuen Verträge zum 01.01.2026 wirksam werden. Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Für den Sozialausschuss berichtet Ausschussvorsitzende Karin Birk-Lemper. Der Sozialausschuss habe dem Antrag zugestimmt, wonach einmal im Jahr in jeder Sozialausschusssitzung ein Bericht vom Bürgermeister über den Stand der Beratungen/Verhandlungen vorgelegt wird.

Stadtverordnete Judith Rahner von der SPD-Fraktion möchte an dieser Stelle den Antrag aus dem Haupt- und Finanzausschuss, die Verträge zu kündigen, gerne hier nochmal zum Antrag erheben und darüber abstimmen lassen. Zur Begründung führt sie aus, man habe vor über einem Jahr in den Haushaltssitzungen schon darauf beharrt, dass diese unbedingt nachverhandelt werden müssen. Man habe damals keine Mehrheit gehabt. Jetzt habe man schwarz auf weiß mit dem Prüfbericht vorliegen, dass die Verträge rechtswidrig sind und es dringend empfohlen wird, dass man daran was tun müsse. Sie möchte an der Stelle auch noch daran erinnern, dass vor genau einer Sitzung der Bürgermeister gesagt habe: „Ja, ich verhandle gerne neu, aber ich möchte das Haus daran erinnern, dass da ein notwendiger Schritt vorher fehlt, nämlich die Verträge zu kündigen, damit wir effektiv neu verhandeln können.“ An dieser Sachlage hat sich nach Meinung der SPD-Fraktion nichts geändert. Deswegen bleibe man bei diesem Antrag, auch wenn man ahne, dass man dafür leider keine Mehrheit finde. Und die SPD-Fraktion werde sich bei dem anderen Antrag, wenn der eigene Antrag nicht durchkommen sollte, enthalten, weil es immerhin die, wenn auch nicht sinnvollste, aber immerhin dann noch zweitbeste Lösung ist.

Stadtverordnete Regina Schirner, Fraktionsvorsitzende von Bündnis '90/Die Grünen, erklärt, ihre Fraktion werde dabei bleiben, dass man dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen könne. Wie ihre Fraktion das schon seit Jahren sage, man verhandelt aus nicht gekündigten Verträgen heraus. Und das stehe so auch im Bericht im Übrigen. Der Bericht sage nicht, dass man die Verträge kündigen müsse, sondern der sage nur, die Verträge sollen überarbeitet werden und um rechtlich unzulässige Regeln bereinigt und nach dem Urteil zulässige, bisher nicht getroffene Regelungen ergänzt werden.

Stadtverordneter Bernd Töpferwien von der b-now-Fraktion möchte nur noch mal kurz daran erinnern, dass man vor einigen Jahren schon mal in eine Verhandlungsrunde mit den freien Trägern gegangen sei. Die Argumente, die seine Fraktion damals vorgebracht haben, wurden nur marginal angenommen. Das heißt, die Verträge sind seines Erachtens im Wesentlichen so geblieben, wie sie waren. Das hängt damit zusammen, dass man damals aus nicht gekündigter Situation heraus verhandelt habe. Da war kein Druck dahinter. Er fürchtet, dass man in der jetzigen Situation, wenn man nicht kündigt, ein ähnliches Fiasko erlebe.

FWG-UBN-Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Fleischer gibt an, seine Fraktion werde dem Antrag der SPD-Fraktion auch nicht zustimmen. Er verstehe momentan nicht, dass man Äpfel mit Birnen vergleiche. Vor Jahren wurde angeprangert, dass die Verträge nicht in Ordnung sind. Diese Fraktionen hatten die Mehrheit. Die Verträge wurden nicht gekündigt. Jetzt wurde festgestellt, was völlig anders ist. Die Verträge entsprechen nicht mehr der Rechtsgrundlage. Auf dieser Basis müssen die Verträge natürlich angepasst werden. Da alle Stadtverordneten der Meinung sind, dass diejenigen, die die Kindergärten betreiben, eine gute Arbeit machen – das wird hier einmal wieder betont –, auf der anderen Seite wird auch betont, dass diejenigen da ein bisschen Schmutz machen, was er nicht verstehen könne. Es sei wichtig, dass das Verhältnis, das man zu den Trägern habe, zum VzF und zur evangelischen Kirche, nicht noch weiter beschädigt wird. Deswegen halte seine Fraktion es auch für sinnvoll, dass man die Verträge genau mit der Maßgabe neu verhandele, dass man diese entsprechend 2026 anwenden könne.

CDU-Fraktionsvorsitzende Ulrike Bolz erklärt kurz, dass ihre Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen werde.

b-now-Fraktionsvorsitzender Christian Holm macht deutlich, dass es drei Gründe gebe, warum seine Fraktion die Kündigung jetzt auch unterstütze. Erstens, eine klare Aussage des Rechnungsprüfungsamts, dass die Verträge nicht den rechtlichen Anforderungen genügen. Zweitens, es wurde attestiert, dass die Abschlüsse nicht prüffähig sind. Drittens, es wurde attestiert, dass die Betriebs- und Overhead-Kosten ohne jegliche Regelung und Rahmen sind. Das bedeutet, dass dort alles abgerechnet wird, ohne einen klaren Bezug zu dem, was tatsächlich hier ist. Es geht nicht um die Qualität der Arbeit. Es geht hier um den Vertrag und die Abrechnung. Aus dem Grund unterstützt die b-now-Fraktion den Antrag der SPD-Fraktion. Ebenso unterstütze man natürlich, dass der Bürgermeister Gespräche suche und Druck mache. Aber aus Sicht der b-now-Fraktion sei es besser, wenn man hier ganz klar sage, Verträge kündigen.

Stadtverordneter Uwe Kraft von der CDU-Fraktion meldet sich zu Wort, weil er der Präsentation des Rechnungsprüfungsamtes zu diesem Bericht beigewohnt habe. Und da habe er in Erinnerung, und zwar ziemlich genau, dass gesagt wurde, in Teilen seien dort mittlerweile unrechtmäßige Regelungen drin. In Teilen. Das heißt, nicht der Vertrag ist rechtswidrig, sondern in Teilen. Und Bezug genommen wurde auf ein Urteil vom Verwaltungsgerichtshof, das erst erfolgt ist. Und was die Frage angehe, die vorhin angeführt wurde, dass vor drei Jahren bereits Verhandlungen gescheitert sind, da sage er aufgrund Erkenntnisse aus der Zeitung, was beispielsweise die Verhandlungen mit den Kirchen geht, man habe Gott sei Dank mittlerweile einen anderen Verhandlungsführer und vielleicht werde deshalb das Ergebnis besser und positiver, wie das damals ausgegangen ist.

Beschlüsse:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt es ab, die bestehenden Kindertagesstättenbetriebsverträge mit beiden freien Trägern fristgerecht zum 31.12.2025 zu kündigen. Gegenüber den beiden freien Trägern soll klar in Aussicht gestellt werden, dass die Stadt daran interessiert ist, mit beiden freien Trägern wieder neue Verträge abzuschließen.

Beratungsergebnis: 21 Ja-Stimme(n), 13 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Weiter beschließt die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat zu beauftragen, mit den freien Trägern in Verhandlungen auf Grundlage der Ergebnisse des Prüfberichtes einzutreten mit der Maßgabe, dass die neuen Verträge zum 01.01.2026 wirksam werden. In den kommenden Sitzungen des Sozialausschusses ist jeweils ein

aktueller Bericht über den Stand der Vertragsverhandlungen mit der Evangelischen Kirche und dem VzF vorzulegen.

Beratungsergebnis: 25 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 9 Stimmenthaltung(en)

5.4 Bericht über den Zeitraum 01.01.2024 bis 31.10.2024 gemäß §28 Abs. I GemHVO über den Stand des Haushaltsvollzugs

Vorlage: 266/2024

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Bericht der Kämmerei über den Stand des Haushaltsvollzugs für den Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.10.2024 zur Kenntnis zu nehmen.

Beratungsergebnis: 34 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

5.5 Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2025 - Einbringung, Beratung und Beschlussfassung

Vorlage: 199/2024

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, begrüßt Frau Lindenmann und Herrn Neuenfeldt von der Kämmerei, die die Stadtverordnetenversammlung heute begleiten und vor allen Dingen in der Arbeitssitzung des Haupt- und Finanzausschusses begleitet haben, ganztägig und dann noch mal dienstagsabends. Er möchte darauf hinweisen, dass man nachher vier Beschlüsse fassen werde. Er lasse nach der Debatte über das Investitionsprogramm abstimmen, über das Haushaltssicherungskonzept und über die Haushaltssatzung mit dem Ergebnishaushalt, dem Finanzhaushalt, den Teilhaushalten und des Stellenplans. Er werde dann aber noch einmal gesondert abstimmen lassen, wenn es da eine Mehrheit gibt, dass gegenüber dem Land Hessen die Stundung der Hessenkassenrückzahlung beantragt wird. Er mache das als extra Beschluss noch mal, es gab den freundlichen Hinweis aus der Verwaltung, dass das zwar in der Haushaltssatzung drin wäre, aber dass dies noch einmal deutlicher macht, was der Wille des Hauses ist, sofern man das so sehe. Er möchte darauf hinweisen, dass er es im Haupt- und Finanzausschuss gesagt habe, dass er sich an anderer Funktion in Wiesbaden kümmern werde. Das habe er bereits getan. Er gehe davon aus, dass die zuständigen Ministerien eine gewisse Erläuterung an nachgelagerte Landesbehörden geben, wie dieses Gesetz oder diese Verordnung auszulegen ist, denn der Wille des Gesetzgebers war es, dass durch diese Stundungsmöglichkeit der Hessenkasse den Kommunen geholfen wird. Das muss geprüft werden, aber auch immer im Sinne der Kommunen. Dies wollte er kurz mitteilen aufgrund der Ankündigung im Haupt- und Finanzausschuss.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet Ausschussvorsitzende Ulrike Bolz. Sie werde jetzt auf keinen Fall das gesamte Protokoll vortragen. Sie habe sich die Mühe gemacht, einige wesentliche Beschlüsse, die gefasst wurden, zu markieren. Die möchte sie gerne vortragen. Das Protokoll sei öffentlich, von daher könne jeder Einsicht nehmen und dem folgen. Zunächst zum Investitionsprogramm. Da gab es viele Diskussionen, sie nennt nur wenige. Zu den Warnsirenen zum Beispiel wurde beantragt und einstimmig beschlossen, den Betrag von 100.000 Euro zu splitten auf zwei Jahre, nämlich 2025 und 2026. Zum Dienstfahrzeug des Ordnungsamtes, was gekauft werden sollte, wurde beschlossen, das Fahrzeug zu leasen. Damit sind die Kosten aus dem Investitionshaushalt heraus, sind natürlich dann im Ergebnishaushalt wiederzufinden als Leasingbeträge. Dann gab es den großen Posten, 500.000 Euro für den Anbau von zwei Fahrzeughallen der Freiwilligen Feuerwehr in Anspach und da wurde beantragt, dass zu prüfen ist, ob der Bau von ausreichend großen Garagen für die zwei Mannschaftstransportbusse, die dort eingestellt werden sollen, an anderer Stelle auf dem Grundstück möglich sind, solange bis geklärt ist, ob es weitere Anforderungen aus der Entstehung der Neubaugebiete gibt, sodass dann der Hallenanbau gerechtfertigt ist und entsprechend ausgeführt werden kann. Weiterhin wurde zu diesem Betrag von 500.000 Euro ein Sperrvermerk beantragt, der auch mehrheitlich beschlossen wurde und der Prüfantrag zum Garagenbau wurde ebenfalls bei einer Enthaltung beschlossen. Dann gab es noch einen großen Diskussionpunkt zu den Spielgeräten auf den Spielplätzen, weil das sind immer erhebliche Investitionen und über das Jahr auch erhebliche Maßnahmen, diese Spielgeräte, zu prüfen in regelmäßigen und

sehr dichten Abständen. Da gab es die Anträge, überhaupt zu prüfen, wo Spielplätze wirklich erhalten werden müssen. Dieses Thema gab es vor einigen Jahren schon mal. Diese Prüfung wurde mehrheitlich beschlossen. Der Antrag, die Leader Programmfördermöglichkeiten zu prüfen, wurde einstimmig beschlossen und weiterhin wurde zu den Spielplätzen auch beantragt, zu prüfen, ob man immer Spielgeräte brauche oder ob man nicht durch konzeptionelle Betrachtung hinkommen könne, hier und da zu naturbelassenen Multifunktionsflächen. Auch das wurde einstimmig beschlossen. Ebenfalls im Investitionsprogramm habe man insgesamt 33.000 Euro für das Anlagevermögen des Bürgerhauses, nämlich die elektrische Hebebühne, dann den mobilen Zug für die Bühne und das Einleuchtpult geschoben. Auch das einstimmig. Der Investitionshaushalt wurde letztlich mehrheitlich mit sechs Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen beschlossen. In den Ergebnishaushalten wurde breit diskutiert, zum Beispiel über den zusätzlichen Öffnungstag des Jugendhauses, hier wurde beantragt, diesen zusätzlichen Öffnungstag zu streichen, das wurde jedoch abgelehnt. Ziemlich zum Ende wurde beantragt, über die Einführung einer Grundsteuer C damit die Verwaltung zu betrauen, also sich in Zukunft damit auseinandersetzen, das wurde einstimmig beschlossen. Der Antrag, die Gewerbesteuer anzuheben auf 400 Punkte, das entspricht dem Median, der wurde allerdings abgelehnt. Die Stundung der Hessenkasse wurde mehrheitlich bei drei Gegenstimmen, sechs Ja-Stimmen beschlossen. Der Stellenplan wurde ebenfalls beschlossen mit sechs Ja-Stimmen, zwei Gegenstimmen bei einer Enthaltung und letztlich wurde auch die Haushaltssatzung mit sechs Ja-Stimmen bei drei Gegenstimmen beschlossen. Ebenso das Haushaltssicherungskonzept bei fünf Ja-Stimmen und zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen.

Stadtverordneter Till Kirberg von der b-now-Fraktion gibt an, man habe sich in der letzten Fraktionssitzung mal mit der Feuerwehr und damit mit dem Haushaltspunkt 126-13, dem Anbau von zwei Fahrzeughallen, auseinandergesetzt. Zuerst einmal natürlich steht hier die Frage immer wieder, warum nimmt man nicht einfach zwei Garagen? Das wurde uns dahingehend erläutert, dass es Vorgaben gibt von der Unfallkasse, wie so ein Feuerwehrstellplatz denn auszusehen hat. Und dadurch kommen wir einfach in eine Größe, wo eine Garage keinen Sinn mehr macht. Wer da Fragen hat, ich kann die Daten gerne später bereitstellen. Dann können wir uns das Ganze angucken. Dieses Projekt läuft jetzt seit über zehn Jahren und es geht hier nicht nur um die Unterstellung von Fahrzeugen, die jetzt draußen im Regen stehen, sondern Neu-Anspach ist auch Ausbildungsstandort für den Kreis. Das heißt, hier ist auch noch geplant zum Beispiel, dass eine Anleiterstelle im Bereich des Flachdaches hinten installiert werden soll, die uns hier in Neu-Anspach, wir haben eine sehr moderne Drehleiter mit der Möglichkeit auch Rollstuhlfahrer aufzunehmen, dass wir das dort auch üben können. Auch das ist mit dabei. Was in den Protokollen für mich nicht ersichtlich war, ist, dass wir für diese Halle auch eine Förderung vom Kreis und vom Land bekommen könnten. Das hat mir der Herr Wolf gestern auch nochmal telefonisch bestätigt. Wichtig ist, dass wir ein positives Signal in diesem Haushalt setzen, dass wir das wollen, denn es kann nicht sein, dass die Fahrzeuge weiterhin im Freien stehen. Der Prüfauftrag bezüglich der Neubaugebiete ist meiner Ansicht gut gemeint, bringt uns aber nicht weiter, denn wir haben ein normales Gewerbegebiet mit normalen Gewerbegebäuden. Wir haben ein Wohngebiet mit normalen Wohngebäuden, keinen Hochhäusern, somit haben wir keine höhere Gefährdung, als eigentlich da ist. Daher würde ich beantragen, den Sperrvermerk dahingehend zu ändern, dass der Haupt- und Finanzausschuss diesen Sperrvermerk aufheben kann, sofern eine positive Aussicht auf Förderung besteht. Damit hätten wir die Möglichkeit, früh und hoch in die Prioritätenliste zu bekommen, damit dieses Projekt endlich umgesetzt werden kann.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, bittet um die Stellungnahme der Fraktionen:

SPD-Fraktion

Für die SPD-Fraktion gibt Fraktionsvorsitzender Dr. Kevin Kulp die Haushaltsrede ab. Das verwendete Redemanuskript ist wie folgt wiedergegeben:

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist jetzt vielleicht etwas ungewöhnlich, dass ich als erstes spreche. Ich hätte der Frau Bolz den Vortritt gelassen, aber die Reihenfolge ergibt jetzt eben das. Dann fange ich eben an, um es vorwegzunehmen, Herr Kirberg, Ihrem Antrag werden wir zustimmen, aber ich glaube, das ist vielleicht jetzt auch nicht ganz das Zentrum der Haushaltsdebatte.

Wenn man dem Haushalt, der hier vorliegt, eine Überschrift geben wollte, oder ich will es mal versuchen, könnte man das mit dem Sprichwort zusammenfassen, Planung garantiert keinen Erfolg, aber Planlosigkeit garantiert einen Misserfolg. Wir reden ja hier auch von einem Haushaltsplan. Allerdings wird man wohl feststellen müssen, dass er an dem Sinn und Zweck eines Planes, nämlich an Erfolg zu garantieren, wohl im Ergebnis nicht gemessen werden kann. Es ist ein Plan, der keine Zukunftsperspektive für die Stadt Neu-Anspach aufzeigt, keine Vision hat und am Ende auch mit vielen Unsicherheiten und Lücken kalkuliert.

Kommen wir vielleicht direkt zum Anfang, wie der Haushaltsbericht losgeht. Da können wir zwei Seiten Prosa lesen, da wird uns erklärt, das Haushaltsdefizit der Stadt Neu-Anspach sei begründet durch diverse Krisen, die im Ausland stattfinden, durch diverse inländische Krisen und dadurch, dass Bund, Land und Kreis der Stadt das Geld wegnehmen würden. Der Kreis erzählt auch, Bund und Land nehmen ihm das Geld weg, das Land erzählt, der Bund nimmt ihm das Geld weg und der Bund muss sich eine Ausrede ausdenken, was er jetzt erzählen kann, aber im Prinzip ist die Leier doch irgendwie immer die gleiche. Zumindest mit Blick auf das Haushaltsdefizit ist sie nicht im geringsten überzeugend, denn das, was der Bürgermeister als Hauptgrund anführt, das war spätestens mit Abschluss des letzten Haushalts klar. Der Bürgermeister hat gesagt, wir würden jetzt besonders darunter leiden, dass wir weniger Zuschüsse bekommen vom Land und dass wir eine höhere Kreisumlage leisten müssen. Jeder, der das hier schon mehr als einmal mitgemacht hat, weiß, dass sich die Kreisumlage sowie die Zuschüsse vom Land am Ergebnis des letzten Haushalts orientieren. Heißt mit anderen Worten, als der letzte Haushalt fertig war, war klar, dass wir mehr bezahlen müssen. Dass man davon ernsthaft in der Verwaltung bei Abschluss bzw. bei Aufstellung des neuen Haushaltsplans überrascht war, das lässt einigermassen tief blicken.

Trotzdem oder wider besseren Wissens, man weiß es nicht, wurde im letzten halben Jahr seitens der Verwaltung eine ganze Reihe an Vorschlägen eingebracht in die Beratung der städtischen Gremien, die das Geld ausgegeben haben. Wir haben ja eben den Haushaltsbericht zum letzten Haushalt zur Kenntnis genommen. Da kann man lesen, das Haushaltsjahr würde sich besser entwickeln als eingeplant. Wir würden Geld zur Verfügung haben und so wurden die ganzen tollen Projekte und Vorstellungen, die die Verwaltung hatte, meist einstimmig beschlossen, um ein Best-of hier zu geben. Wir haben beschlossen, am Bahnhof eine RMV-Ladestation zu bauen mit einem E-Auto und entsprechenden E-Bikes. Wir haben eine Stelle in der Bücherei geschaffen. Wir haben die Rentenberatung wieder eingeführt. Wir haben einen zusätzlichen Tag im Jugendhaus geschaffen. Verstehen Sie mich da nicht falsch, das sind alles Projekte, die ich gerade als Sozialdemokrat richtig finde und die gut sind. Hätte man nun zu dem Zeitpunkt seitens der Verwaltung vielleicht mal einen Hinweis dazu gegeben, dass ja schon die Haushaltslage sich schlecht entwickelt, dann glauben Sie doch nicht ernsthaft, dass eines dieser Projekte, die den städtischen Haushalt dauerhaft belasten werden, in der Art und Weise beschlossen werden. Stattdessen wurde dort immer nur unter den Vorlagen ein Kürzel gesetzt, es sei finanzbuchhalterisch geprüft, da stellt man sich inzwischen auch die Frage, was diese Prüfung soll, wenn mit Blick auf die Folgekosten, die Folgebelastung gerade für diesen Haushalt nicht dargestellt wird, sondern die Verwaltung ist offenen Auges in das Defizit hineingelaufen und hat auch noch Beschlüsse fassen lassen in der Stadtverordnetenversammlung unter Verschweigung der tatsächlichen Lage, die dieses Defizit auch noch einmal vertieft haben. Insofern kann man auch sagen, wir sind hier nicht ein Opfer der Umstände, Herr Bürgermeister, sondern es liegt an uns als Stadtverordnete, die Umstände zu gestalten.

Und das bringt mich zu Haushaltsberatungen, zu dem, was dieser konkrete Haushalt tatsächlich abbildet, der Wille zu sparen und der Wille, die Grundsteuer zu senken, der diesem Haushaltsentwurf, so wie er heute beschlossen werden soll, nahezu vollständig ab. Man kann zumindest positiv, um nicht nur zu meckern, nicht, dass Sie den falschen Eindruck bekommen, zumindest erwähnen, dass ein paar Anträge der SPD innerhalb der Haushaltsklausur beschlossen wurden, insbesondere zum Investitionshaushalt, die Frau Bolz hat in ihrem Bericht zum HFA sie alle auch vorgetragen. Das wird im Übrigen dazu führen, dass wir uns jedenfalls beim Investitionsprogramm heute enthalten werden. Nichtsdestotrotz hat der Ergebnishaushalt und die weitere Planung des Haushalts gezeigt, dass der Sparwille, der Wille, hier einen ernsthaften Sparkurs einzulegen, fehlt. Ich nenne Ihnen ein paar griffige Beispiele, keine Angst, ich werde nicht alle nennen, sonst würde ich hier noch ewig reden. Das erste ist die Einführung eines Hauptamtes. Das haben wir schon in der Haushaltsklausur stark kritisiert. Die Stadt leistet sich trotz defizitärer finanzieller Lage eine neue Stelle im Rathaus, die uns deutlich mehr kosten wird, wo die Aufgaben des Bürgermeisters koordiniert werden sollen. Der Bürgermeister hat auf Anfrage in der Haupt- und Finanzausschussklausur geantwortet, im Kern sei eine große Überlastung zu spüren und er selbst würde ja 70 Stunden die Woche arbeiten, das tut mir auch persönlich leid, aber Herr Bürgermeister, dafür wurden Sie gewählt und es war Ihnen bei Amtsantritt auch klar, dass das so auf Sie zukommt. Und jetzt zu sagen, jetzt brauche ich ein Hauptamt, damit ich entlastet werde und was der Steuerzahler bezahlen muss, das setzt dem Ganzen in gewisser Hinsicht die Krone auf.

Zweiter Punkt haben wir heute Abend gesehen, Kitas. Kita-Haushalt, das ist ja hier alt bekannt und ich glaube zumindest da sind wir uns zumindest in der Definitionsbestimmung einig, wenn auch nicht in den Schlussfolgerungen, die wir daraus ziehen, ist der defizitärste Haushalt in diesem Gesamtwerk mit einem immer weiter steigenden Defizit. Wir haben jetzt gerade vom Rechnungsprüfungsamt aufgezeigt bekommen, dass die Verträge nicht nur in Teilen rechtsunwirksam sind, sondern das hat der Kollege Kraft vorhin in seiner Wortmeldung unterschlagen, dass die Abrechnungen, so wie sie seitens der freien Träger seit Jahr und Tag vorgelegt wurden, faktisch nicht prüffähig sind. Das bedeutet, um das den Zuschauern einmal zu verdeutlichen, der größte Teil dieses Haushaltes entzieht sich vollständig der Kontrolle der Stadtverordneten. Der größte Teil des Haushalts, den sie mit ihrem Steuergeld bezahlen, kann man hier nicht mit Beschlüssen steuern. Und dieser Zustand wurde durch den Beschluss eben, dass eben die Verträge nicht gekündigt werden sollen, sondern man

sich in gewisser naiver Hinsicht hinsetzt und hofft in bestehenden Verträgen weiter vor sich hin zu verhandeln, vertieft. Daran zeigt sich übrigens auch ein gewisser Politikstil, der hier offensichtlich Einzug gehalten hat. Der Magistrat hat die Kündigung beschlossen. Der Magistrat tagt aber auch nicht öffentlich. Übrigens um das Mehrheitsargument nochmal aufzugreifen, Herr Fleischer, im Magistrat haben wir auch keine Mehrheit. Also offensichtlich haben dort auch andere Fraktionen mitgewirkt. Aber man war ja nicht öffentlich. In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, meine Kollegin hat es gerade eben vorgetragen, hat der Bürgermeister auch zum Besten gegeben, es wäre gut, wenn die Stadtverordnetenversammlung die Verträge kündigt. Nun macht man was anderes. Man kann sich natürlich jetzt die Frage stellen, warum wird jetzt mehrheitlich anders entschieden? Da drängt sich doch in gewisser Hinsicht der Verdacht auf, dass man hier eher aus politischen Erwägungen handelt, nämlich mit der Erwägung, wenn es in der Öffentlichkeit heißt, die wollen die Verträge kündigen, dann sind die ja gegen die Kinder. Das ist ja das Bild, was sie versucht haben, uns hier jahrelang anzuhängen, wenn wir immer wieder auf diese problematische Vertragssituation hingewiesen haben. Und diese politische Erwägung hat sie hier vorhin gehindert, in Sachfragen zu entscheiden.

Der letzte Punkt, den ich herausgreifen will, ist das Jugendhaus. Das Jugendhaus, das ebenfalls eine stetige Kostenexplosion verzeichnet. Hier wurde, ich habe es eben gerade schon gesagt, ein zusätzlicher Tag beschlossen. Ein zusätzlicher Tag, ohne dass die Finanzierung gewährleistet ist. Und trotzdem wurde auch dieser Tag beibehalten, obwohl die CDU sogar seinerzeit noch gesagt hat, das ganze müsse unter einem Haushaltsvorbehalt stehen. Das waren die Worte des Kollegen Kraft. Daran konnte man sich nun offenbar in der Klausur selbst nicht mehr erinnern. Insofern gilt auch hier, wir sind kein Opfer der Umstände, sondern die Stadtverordnetenversammlung versäumt es, seit jeher diese Umstände selbst zu gestalten. Und die Folge ist die Grundsteuererhöhung, die jetzt nun hier beschlossen werden soll, auf 1.050 Punkte.

Im Übrigen noch ein Seitenvermerk auf die Belastbarkeit einzelner Haushaltszahlen. Auch da mussten wir in der Haushaltsklausur einigermaßen staunen, was die Sprachlosigkeit der Verwaltung hinsichtlich einiger Zahlen anging. Ein Beispiel, der Kollege Fleischer hatte in der Haushaltsklausur die berechtigte Nachfrage gestellt, warum denn die Kosten im Bereich des Bürgerhauses so massiv explodiert seien. Das konnte keiner beantworten. Da musste eine Sitzungsunterbrechung gemacht werden, dann musste dann nochmal nachgeschaut werden. Fragt man sich doch, warum der Ergebnishaushalt, der die größte Steigerung prozentual gesehen beinhaltet im Vergleich zu den vorherigen Haushalten, von der Verwaltung nicht ad hoc geklärt werden kann. Da muss man eine Sitzungsunterbrechung für machen. Auch die besagten Kosten für das Feuerwehrhaus im Investitionshaushalt, auch die konnten nicht voll befriedigend dargestellt werden. 500.000 Euro sind eingeplant. Auf Nachfrage hat die CDU-Fraktion adressiert, wie es denn sein könne, dass eine Garage in Rod am Berg für die Feuerwehr für 50.000 gebaut werde und nun eine weitere beziehungsweise zwei weitere in Anspach für 500.000 konnte nicht wirklich aufgelöst werden. Ich vertraue da den Zahlen, die uns die Feuerwehr gibt, aber ich hätte schon gerne eine Erklärung der Verwaltung an dieser Stelle.

Noch ein weiterer Punkt zu diesem Themenbereich. Der einzige nennenswerte Beitrag, den die CDU in der Haushaltsklausur geliefert hat, war der von dem Stadtverordnetenvorsteher gerade ausgerufene Antrag, die Stundung der Hessenkasse zu beantragen. Wenn Sie den Finanzplanungserlass des RP gelesen haben, also der Aufsichtsbehörde, die, das billige ich dem Stadtverordnetenvorsteher zu, nicht das politisch macht, was es tun sollte, erfüllt danach die Stadt die Voraussetzung für diese Stundung gar nicht. Dort steht nämlich drin, es sei zu erwarten, dass eine Kürzung von zwei Prozent der Gesamtausgaben erfolgen soll. Das haben wir nicht geleistet. Und sich mit dem Argument rauszureden, was der Bürgermeister in der Haushaltsklausur getan hat, ja man hätte ja schon im Vorfeld der Haushaltseinbringung viel getan. Glauben Sie doch wohl nicht ernsthaft, dass irgendeine Behörde dieser Welt dieses Argument Ihnen abkauft. Das würde nämlich bedeuten, dass Sie in Ihren Haushaltsentwurf jede beliebige Zahl reinschreiben könnten und dann hinterher zu behaupten, wir haben ja viel rausgenommen. Das kann es ja wohl nicht sein. Insofern ist das Argument in sich schon lächerlich. Und das Problem dieser Stundung ist nicht, dass man den Willen hat, es zu tun, sondern dass wir die Voraussetzung nicht erfüllen und damit der Haushalt wahrscheinlich im Februar zurückkommt und dann nochmal eine weitere Steuererhöhung für die Bürgerinnen und Bürger droht. Und da sagen wir als SPD-Fraktion, da machen wir direkt reinen Tisch und legen die Zahlen so auf den Tisch, wie sie sind und nicht mit irgendeiner Schleife über das RP, die dann das Risiko beinhaltet, dass das Ganze wieder teurer wird. Das heißt, wir werden diesem Ansinnen nicht zustimmen.

Letztendlich wird natürlich der Haushalt trotzdem eine Mehrheit finden, da bilde ich mir jetzt auch nichts ein, dass meine Rede hier irgendwen überzeugen wird, der nicht schon vorher überzeugt war von der einen oder anderen Klausur. Wir hatten ja schon an anderer Stelle in der Presse gesagt, die Klausur hatte teilweise etwas wie der Vorweihnachtsabend. Es wurden brav Geschenke verteilt. Die Freien Wähler haben den Tag im Jugendhaus bekommen oder es wurde auf die Kündigung der Verträge verzichtet. Die Grünen haben eine Wärmeplanung bekommen und insofern hat sich die CDU hier eine Mehrheit für den Haushalt, man könnte schon fast sagen, erkaufte. Das Drastische an der ganzen Sache ist ja eigentlich die Art und Weise, wie es gelaufen ist. Ich möchte noch mal daran erinnern, dass der Antrag, die Wärmeplanung nicht in den Haushalt

einzustellen von uns auf der Haushaltsklausur eine Mehrheit fand. Die CDU hat sich enthalten auf Zuruf des Bürgermeisters. Hinterher kamen die Grünen aufgeregt, das könnte ja nicht sein, man stimme doch jetzt dem Haushalt nicht mehr zu, wenn die Wärmeplanung nicht mehr drin ist. Dann gab es offenbar Krisengespräche die Woche und dann schicken sie ihr jüngstes Fraktionsmitglied vor, das dann einen schönen Satz vorlesen darf. Man habe sich enthalten, weil man nicht wisse, wie man abstimmt und wolle die Abstimmung nun wiederholen. Also entweder wissen sie nicht, was sie tun oder sie operieren politisch wie der Elefant im Porzellanladen. Aber derart mit demokratischen Abstimmungsprozessen umzugehen, dass einem, wenn einem das Ergebnis nicht passt, eine Wiederholung anstreben lässt, nur um hier sich eine Mehrheit zu sichern, das ist definitiv ein Tiefpunkt in der Neu-Anspacher Stadtpolitik.

Was man vielleicht zu Weihnachten sagen kann, die Bürger bekommen natürlich auch was, nämlich die besagte Grundsteuererhöhung auf 1050 Punkte und in diesem Sinne an Sie alle: Frohe Weihnachten.

Fraktion Bündnis´90/Die Grünen

Für die Fraktion Bündnis´90/Die Grünen Fraktionsvorsitzende Regina Schirmer die Haushaltsrede ab. Das verwendete Redemanuskript ist wie folgt wiedergegeben:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren:

Zum Jahresende sind wir heute wieder zusammengekommen, um einen Haushalt zu beschließen und auf den Weg zu bringen. Ein Haushalt, der uns angesichts der schwierigen finanziellen Umfelder vor Herausforderungen gestellt hat. Ein Haushalt, der trotzdem dafür sorgen muss und auch dafür sorgen kann, dass die Stadt Neu-Anspach auch künftig attraktiv bleibt für ihre Bürgerinnen und Bürger.

Unser Slogan, „die junge Stadt zum Leben“ soll kein leeres Versprechen sein oder werden. Ich möchte Ihnen die Position der Grünen-Fraktion zum Haushalt anhand einiger Punkte darlegen.

Vornweg aber zunächst, wir Grünen waren nicht auf einer Weihnachtsfeier, wie die SPD in der Presse und auch eben der Herr Dr. Kulp persönlich darzustellen versucht hat. Wir waren auf einer Haushaltsklausur des Haupt- und Finanzausschusses, bei dem wir versucht haben, finanzielle Herausforderungen und Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern einigermaßen unter einen Hut zu bringen. Bei einer Weihnachtsfeier ist man in der Regel fröhlich und feiert, aber nach feiern war uns nicht zumute.

Der Haushaltsentwurf, aufgestellt unter schwierigen Bedingungen, hat uns vor große Herausforderungen gestellt. Vor die Herausforderung, sowohl einen Haushalt zu verabschieden, der genehmigungsfähig sein kann, als auch die Herausforderung, trotz aller Widrigkeiten Weichen zu stellen für eine nachhaltigere, soziale, solidarische Zukunft. Um es auch noch mal klar und deutlich zu sagen, niemand schmeißt hier Geld zum Fenster raus. Fakt ist aber, wir bekommen deutlich weniger Mittelzuweisungen vom Land und müssen gleichzeitig mehr Abgaben an Kreis- und Schulumlagen an den Kreis zahlen. Ohne unser Verschulden werden wir deshalb zusätzlich in eine prekäre finanzielle Situation gebracht.

Dennoch, nur nach den Finanzen zu schauen, nur zu kürzen und zu sparen, das wäre falsch und würde, nach unserer Meinung, die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt gefährden. Wir müssen uns doch fragen, was ist uns unser Neu-Anspach wert, wo wollen wir hin? Heute, in 5 Jahren, in 10 Jahren, vielleicht sogar erst in 20 Jahren. Alles, was wir heute entscheiden, hat langfristige Auswirkungen. Und zwar nicht nur die Ausgaben, die wir tätigen, sondern auch die, die wir nicht tätigen. Auch wenn einige es etwas anders sehen, die Integration nachhaltiger Projekte ist keine reine Ausgabe, sondern auch eine Investition in die Zukunft. Investitionen in umweltschonende Projekte heute ist die Grundlage für Einsparungen von morgen. Bei allen finanziellen Überlegungen dürfen wir auch den sozialen Aspekt nicht aus den Augen verlieren. Jede Haushaltsentscheidung muss darauf geprüft werden, dass sie nicht auf Kosten unserer Gesellschaft gehen.

Ich weiß, dass viele von Ihnen angesichts steigender Kosten und sinkender Zuweisungen besorgt sind. Und diese Sorgen nehmen wir auch ernst. Dessen können sie versichert sein. Aber lassen Sie uns trotz aller Herausforderungen die Chance ergreifen, unsere Stadt nachhaltiger, gerechter und zukunftsfähiger zu gestalten. Dazu zählen wir Grünen auch die kommunale Wärmeplanung. Der Einwand der SPD, dass das entsprechende Gesetz über den Februar 2025 hinaus keinen Bestand haben würde, den lassen wir so nicht gelten. Ja, es ist richtig. Ob das bestehende Gesetz in der jetzigen Form weiter besteht oder geändert wird, weiß niemand. Ich jedenfalls kann nicht hellsehen. Wobei, manchmal denke ich, ich kann es doch, aber egal.

Wie blauäugig ist es aber, jetzt die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten und dadurch wertvolle Zeit zu verlieren. Einige haben wohl vergessen, dass die aktuellen Probleme, z.B. sich unabhängig von fossilen Energiequellen machen zu müssen, weiterhin bestehen. Deshalb ist es eher unvorstellbar, dass das Gesetz komplett gekippt wird. Außerdem hilft eine Wärmeplanung unserer Stadt auf jeden Fall zukunftssicher zu bleiben, zukunftssicher zu planen und unseren Bürgerinnen und Bürgern hier Informationsquellen und Hilfestellungen zu geben. Außerdem haben einige wohl auch vergessen, dass wir bereits eine Förderzusage für die Wärmeplanung von über 90 Prozent für die Wärmeplanung haben. Hier ist es fast schon fahrlässig, nichts zu tun.

Zum Thema soziale Gerechtigkeit. Kürzungen lassen sich leider nicht immer vermeiden, auch nicht eventuelle Gebühren oder Steuererhöhungen. Aber wir müssen sicherstellen, dass wir gute und ausreichend Angebote im Sozialbereich haben. Dazu zählen wir Grünen auch eine gute Kinderbetreuung und auch den zusätzlichen Öffnungstag des Jugendhauses. Es tut mir leid, ich kann hier nicht akzeptieren, dass FDP, b-now und vor allem auch die SPD sich jetzt hinstellen und sagen, wir kündigen die Kita-Verträge jetzt mal alle und verhandeln dann neu und schauen, was dabei herauskommt. Ja, es ist richtig, wir haben eine qualitativ und auch quantitativ gute Kinderbetreuung hier in Neu-Anspach. Die war aber immer, zumindest sehr mehrheitlich, so gewollt. Außerdem ist sie unser Alleinstellungsmerkmal, wenn es darum geht, uns als Stadt attraktiv für junge Familien zu machen. Eine sofortige Kündigung würde bedeuten, dass alle Verträge mit der Evangelischen Kirche und dem VzF am 31.12.2025 beendet sein würden. Egal, ob bis dahin mit den aktuell agierenden Trägern neue Verträge geschlossen wurden oder nicht. Eine sofortige Kündigung würde uns in eine nicht vorhersehbare Lage bringen. Ungewiss wäre, ob wir dann auch tatsächlich zum 01.01.2026 neue Verträge und eine entsprechende Kinderbetreuung hätten, mit welchen Trägern dann auch immer. Ein Jahr ist nicht besonders lang, die Zeit knapp, alles zu regeln, ein Vertragswerk neu zu konzipieren, neue Träger zu suchen, alles auf eine solide Grundlage zu stellen. Deshalb haben wir Grüne auch nicht für eine sofortige Kündigung der Verträge gestimmt, sondern dafür, dass im kommenden Jahr intensive Verhandlungen sowohl mit der Kirche als auch mit dem VzF geführt werden, mit dem Ziel, die bestehenden Verträge zu ändern, sie anzupassen. Alle Beteiligten haben dazu auch ihre Bereitschaft erklärt.

Die Grundlage für ernsthafte Verhandlungen bietet uns nun der Bericht von Herrn Maiworm, dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes des Kreises, der uns den Bericht vor kurzem vorgestellt hat. Diesen Bericht hatten wir als Stadt in Auftrag gegeben, um konkret feststellen zu lassen, wo genau Schwachpunkte liegen und was angepackt werden muss. Ja, in dem Bericht heißt es, die mit der Kirche und dem VzF geschlossenen Verträge entsprechen nicht vollständig der Rechtslage. Und ja, es heißt auch weiter, die Jahresabrechnungen sind faktisch nicht prüffähig. Aber auch Herr Maiworm spricht nicht davon, dass die Verträge gekündigt werden müssen. Das habe ich vorhin schon gesagt. Im Bericht ist festgehalten, dass die Verträge vollständig überarbeitet, und zwar die bestehenden Verträge vollständig überarbeitet und um nach dem Urteil rechtlich unzulässige Regelungen bereinigt und um nach dem Urteil zulässige, bisher nicht getroffene Regelungen ergänzt werden. Genau das sagen wir Grünen schon seit langem. Aus ungekündigten Verträgen heraus verhandeln. Und durch den Bericht haben wir nun genaue Anhaltspunkte, an welchen Stellen geändert und angepasst werden muss. Für uns kommt es auf jeden Fall nicht in Frage, die Eltern im Regen stehen zu lassen. Oder überhaupt nicht zu wissen, ob und mit wem eventuell dann eine verlässliche Kinderbetreuung auf die Füße gestellt werden könnte. Und das mit dem wem ist auch besonders wichtig für die Eltern, denn die suchen sich ihre Kindertagesstätte ja ganz bewusst nach dem jeweiligen Konzept aus. Das können die Eltern auch verlangen und das sind wir ihnen schuldig. Dass die b-now einfach mal Verträge kündigen will, das sind wir ja schon gewohnt. Dass die FDP sich dem anschließt, nun ja. Aber dass die SPD sich nun auch so vehement und fast schon aggressiv für eine sofortige Kündigung ausspricht, ich verstehe es nicht. Ich glaube, die meisten von Ihnen wissen, dass ich normalerweise nicht populistisch bin und das populistische Gehabe einiger Kolleginnen und Kollegen mir sehr gegen den Strich geht. Aber jetzt muss ich auch mal was loswerden. Ich persönlich frage mich seit geraumer Zeit und in diesem Fall der Kinderbetreuung ganz besonders, was ist eigentlich noch sozial bei der SPD? Bei der sozialdemokratischen Partei? Wo ist das sozial geblieben? Irgendwo unterwegs verloren gegangen? Oder habt ihr es euch endgültig von b-now und nun auch FDP abnehmen lassen? Bei diesen wissen wir ja, dass sie mit sozial wenig am Hut haben. Aber vielleicht findet die SPD es ja wieder. Es wäre allen zu wünschen.

Ebenso unverständlich bei all den Fragen der Kinderbetreuung ist uns nach wie vor, dass hier immer von freiwilligen Leistungen gesprochen wird. Kinderbetreuung ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Es gibt gesetzliche Verpflichtungen, Kinderbetreuung zu gewährleisten. Nach dem Kita-Gesetz muss ein ausreichendes Angebot zur Verfügung stehen, welches der Vereinbarkeit von Beruf und Familie entspricht und dem Wohl und der Entwicklung der Kinder dient. Es bestehen also Rechtsansprüche auf Bildung, Betreuung und Versorgung.

Ein weiteres Thema, „Demokratie leben“. Die Gelder hierfür sind nun leider aus dem Haushalt verschwunden. Sie mussten verschwinden, weil mehrheitlich gegen die Bereitstellung gestimmt wurde, obwohl hier in kürzester

Zeit eine sehr gute Aufbereitung der Informationen durch die Verwaltung erfolgt ist. Mehrheitlich abgelehnt mit der für uns leider fadenscheinigen Begründung, das brauchen wir nicht. Nicht nur, dass wir jetzt keine Möglichkeit mehr haben, Fördermittel für konkrete Maßnahmen zur Demokratieförderung, und diese wären sehr vielfältig gewesen, zu bekommen. Wir haben auch zusätzlich der Gemeinde Grävenwiesbach die Möglichkeit genommen, mit denen wir den Förderantrag gemeinsam hätten stellen können. Wer behauptet, das brauchen wir nicht, dem ist nicht zu helfen. Tut mir leid. Es zeigt sich ständig, dass die Demokratie bedroht ist, dass es dringend notwendig ist, aufzuklären und Informationsarbeit zu leisten und wir haben aktuell auch noch zwei wichtige Wahlen vor uns. Bundestagswahl und Kommunalwahl. Hier hätte es uns sehr gut getan, die Demokratie mit verschiedenen Aktionen und Aktivitäten stützen zu können.

Wichtig ist uns Grünen bei allem immer eine transparente Arbeit und Kommunikation. Es muss nicht jede und jeder damit einverstanden sein, was wir tun, wie wir abstimmen. Aber wir erläutern immer, warum wir wie handeln und das ist für jede und jeden nachvollziehbar. Wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass ihre Steuergelder in Projekte fließen, die der Gemeinschaft zugutekommen. Wie ich bereits gesagt habe, es fällt uns nicht leicht, Steuern zu erhöhen, aber manchmal ist es nicht anders möglich. Wir können nicht auf Teufel komm raus, Kürzungen im Haushalt vornehmen und sparen, sparen, sparen. Wir müssen auch mal Geld in die Hand nehmen, um Weichen für eine gemeinsame Zukunft zu stellen.

Schließen möchte ich so langsam mit einem oder mit etwas Positivem. Wir werden eine Wärmeplanung für Neu-Anspach bekommen, ja. Und so stellen wir positive Weichen für die Zukunft. Und wir werden auch einen zusätzlichen Öffnungstag im Jugendhaus bekommen und hier den jungen Menschen in unserer Stadt an einem neutralen Ort die Möglichkeit geben, sich entfalten und entwickeln zu können.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal unseren Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung loswerden, was ich sehr gerne tue. Sie haben uns zur Beantwortung unserer Fragen sowohl im Vorfeld, als auch während der Haushaltsberatung zur Verfügung gestanden.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, auch an Sie noch ein Appell. Wann immer es Ihnen möglich ist, informieren Sie sich, fragen Sie nach, bringen Sie sich ein. Beteiligen Sie sich aktiv, zum Beispiel in den bereits bestehenden Arbeitsgruppen, um gemeinsam die Zukunft von Neu-Anspach mitzugestalten. Ihr aller Engagement ist entscheidend, um Weichen für unsere gemeinsame Zukunft zu stellen. Gemeinsam ist so einiges möglich. Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit, wünsche Ihnen schöne Weihnachtsfeiertage, einen guten Rutsch und alles Gute für 2025.

CDU-Fraktion

Für die CDU-Fraktion hält Fraktionsvorsitzende Ulrike Bolz die Haushaltsrede. Das verwendete Redemanuskript ist wie folgt wiedergegeben:

Sehr geehrter Herr Parlamentsvorsitzender,
sehr geehrte Mitglieder des Magistrates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren:

bevor ich mit meiner eigentlichen Haushaltsrede beginne, muss ich eine kurze Stellungnahme abgeben zu den Äußerungen von Herrn Dr. Kulp. Dass wir inhaltlich über Sachfragen streiten, das weiß hier jeder, das machen wir trefflich, häufig und enden weiß Gott nicht immer einvernehmlich. Dass Sie es aber hier öffentlich fertigtbringen, Verwaltungsmitarbeiter anzugreifen, das halte ich für unerträglich.

Nun zu meiner Rede. Vor eineinhalb Jahren hatte der heutige Bürgermeister versprochen, dass es ein Schönrechnen des Haushaltes nicht geben werde, was mit dem Haushalt für das laufende Jahr 2024 ohne Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer gelungen ist. Die Offenheit des Bürgermeisters gilt auch für das Haushaltsjahr 2025, gerade weil sich die externen Parameter massiv verändert haben. So ist er nicht den Weg seines Vorgängers gegangen, den Haushaltsausgleich durch Kreditaufnahmen, die die zukünftigen Haushalte durch Zins und Tilgung weiter belasten, herzustellen. Der Griff in die noch vorhandenen Rücklagen, auch ein geübtes Instrument des Vorgängers, klingt verlockend. Diese Mittel fehlen dann jedoch im Finanzhaushalt oder wenn Steuerrückzahlungen fällig werden.

Da ist zum einen die Reform der Berechnung der Grundsteuer B, die im kommenden Jahr erstmals greift. Allein, um Aufkommensneutralität für die Stadt zu erzeugen, muss die Grundsteuer B auf 875 statt der bisher 758 Punkte angehoben werden. Zum anderen ist die schlechte gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland, die auch vor Neu-Anspach nicht Halt macht, eine erhebliche Belastung. So ist mit fehlenden Steuererträgen zu rechnen.

Die Schlüsselzuweisungen des Landes sinken drastisch von 4,2 Millionen Euro in 2024 auf 1 Million Euro und die Kreis- und Schulumlage steigt gleichzeitig um eine Million Euro. Mithin fehlen, ohne Einfluss der Stadt, 3,3 Millionen Euro. Ein Ballast, den die Stadt allein nicht schultern kann. So war klar, dass es in den Haushaltsberatungen ans Eingemachte gehen muss, um die Erhöhung der Grundsteuer B so gering wie möglich zu halten. Die CDU hat in intensiven zweitägigen Beratungen Ziele formuliert, für die in der Beratung des HFA entsprechende Anträge gestellt wurden.

Dass aus den Reihen der SPD bereits vor den Haushaltsberatungen zu hören war, dass sie den Haushalt 2025 ablehnen werden, hat uns sehr enttäuscht. Das spricht nicht für ernst gemeinte Kommunalpolitik. Wir gewinnen zunehmend den Eindruck, dass die SPD nicht mehr an einer konstruktiven Arbeit für unsere Bürgerinnen und Bürger interessiert ist. Die aktuellen Artikel in den Zeitungen bestätigen das. Dass sich darüber hinaus jedoch langjährige Mitglieder dieser Fraktion dafür hergeben, sich Äußerungen in den Mund legen zu lassen, das erstaunt dann doch. Nicht überrascht sollten wir inzwischen auch darüber sein, dass die Fraktion b-now und FDP dieses Spiel mitspielen und auch vor Unwahrheiten, wie zum Beispiel im Zusammenhang mit den Neuverhandlungen zu den Kita-Verträgen, nicht zurückschrecken.

Die CDU-Fraktion hat in ihrer Haushaltsberatung Wert darauf gelegt, die Drittelung der Belastungen zu erreichen. Bevor die Bürgerinnen und Bürger Neu-Anspachs belastet werden, sollen Einsparungen in der Verwaltung und bei den Investitionen vorgenommen werden. Im Haushalt 2025 nehmen die Investitionsmaßnahmen der Stadt breiten Raum ein. Aus zwei Gründen stellten wir den Antrag, wir haben es eben schon mehrfach besprochen oder gehört, den Hallenanbau bei der Freiwilligen Feuerwehr Anspach für 500.000 Euro zum Einstellen von zwei Mannschaftstransportbussen zu prüfen. Zum einen kostet die gleiche Maßnahme in Rod am Berg für einen Bus „nur“ 50.000 Euro. Zum anderen sollte mit einem Hallenanbau so lange gewartet werden, bis gegebenenfalls zusätzliche Anforderungen aus dem Entstehen der Neubaugebiete Westerfeld-West und am Wenzelholz bekannt sind. Die Prüfung bezieht sich auch darauf, festzustellen, ob an anderer Stelle auf dem Grundstück der Freiwilligen Feuerwehr Anspach die ausreichend großen Garagen für die Mannschaftstransportbusse gebaut werden können. Ein neues Fahrzeug für das Ordnungsamt soll auf unseren Antrag hin geleast und nicht gekauft werden. Im Haushalt enthalten ist auch die geplante Investition in acht öffentliche E-Ladestationen. Seitens des Magistratsmitglieds der Grünen wurde vorgetragen, dass die Errichtung Vorschrift ist, die bei Unterlassung sogar mit erheblichen Strafen belegt werden könne. Wir beschlossen die Suche nach einem Privatinvestor, der das umsetzt und sind erstaunt, dass dem zuständigen Dezernenten nicht bekannt ist, dass zum Beispiel die Mainova als Investor Standorte sucht und sogar Vergütungen zahlt.

Bevor zukünftig in neue Spielgeräte auf den Spielplätzen investiert wird, soll eine Konzeption zur Umgestaltung in naturnahe Spielplätze erstellt werden. Diesem Antrag der FWG-UBN konnten wir folgen. Sehr positiv aufgenommen wird von uns, dass der Seniorenbeirat sich gegen die Anschaffung eines neuen Sonnensegels auf dem Vorplatz des Vereins 60Plus ausgesprochen hat, obwohl das im Haushalt stand. Während der Beratung, das möchte ich hier ergänzen, kam das Mitglied des Seniorenbeirates zu mir und hat mir berichtet, sie haben nochmal beraten und möchten das gerne streichen lassen. Bei der Bürgerhausausstattung werden auf unsere Initiative hin 33.000 Euro eingespart. Mit den genannten Einsparungen im Investitionshaushalt wird erreicht, dass weniger Kredite aufgenommen werden müssen, sodass Zins und Tilgung sowie Abschreibungen den Ergebnis- und Finanzhaushalt weniger belasten.

Die Kinderbetreuung, wir hörten es bereits, trägt in Neu-Anspach maßgeblich zum Haushaltsdefizit bei. Es ist im Übrigen nicht so, dass der größte Teil des Defizits durch die freien Träger erzeugt wird. Auch das ist ein falsches Bild, was soeben gestellt wurde. Da ist es jetzt aber gut, dass der Prüfbericht zu den Kindertagesstätten in Neu-Anspach vorliegt. Auf dieser Basis wurde in der vergangenen Sitzungsrunde erst auf Antrag der CDU hin beschlossen, auf der Grundlage der Ergebnisse aus diesem Prüfbericht in Verhandlungen mit den Trägern einzutreten. Ziel ist, dass die neuen Verträge am 01.01.2026 wirksam werden. Insofern ist es schlicht die Unwahrheit, wenn behauptet wird, wir seien ausschließlich auf Gespräche mit den freien Trägern aus. Allerdings halten wir es für falsch, langjährigen Vertragspartnern, mit denen man auch weiterhin zusammenarbeiten möchte, durch Kündigungen die Tür vor der Nase zuzuschlagen. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass die Familien Sicherheit für die Betreuung ihrer Kinder benötigen.

Derzeit echauffiert sich die SPD-Fraktion darüber, die CDU verteile Geschenke. Der zusätzliche Öffnungstag im Jugendhaus wird kritisiert. Das ist merkwürdig, weiß doch die SPD-Fraktion, die in der Sozialausschusssitzung am 19.06.2024 vorgetragen hat, welche positive Aktionen durch das Jugendhaus durchgeführt wurden und den zusätzlichen Öffnungstag erst in den Raum stellte.

Bei der Abstimmung zur Streichung der Gelder für die kommunale Wärmeplanung hatten wir uns zunächst enthalten. In der internen Beratung sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass es den Bürgerinnen und Bürgern mehr dient, die gut 80 % Förderung bei einem Gesamtbetrag von 120.000 Euro zu erreichen, als im Zweifelsfall

100 % voll zahlen zu müssen. Bezogen auf die Verwaltung haben wir angeregt, dass freiwerdende Stellen nicht sofort wieder besetzt werden sollen. Zudem konnten eine halbe Stelle für das nicht beschlossene Projekt Demokratie leben, sowie die des Wirtschaftsförderers gestrichen werden. Die SPD hat nicht verstanden, dass es die Stelle des Hauptamtsleiters im Stellenplan bereits gibt, also nicht neu geschaffen wurde. Und dass die Einführung der Digitalisierung zunächst Personal und damit Geld kostet, bevor die Vorteile genutzt werden können, scheint ebenso verborgen geblieben zu sein.

In der Präsentation der Kommunalen Beratungs- und Unterstützungsstelle am Hessischen Rechnungshof, die in der Ausschusssrunde vor den Haushaltsberatungen gehalten wurde, erfuhren wir, dass neben dem Bereich Kinderbetreuung im Bereich Verkehrsflächen und Anlagen im Vergleich zu anderen Kommunen ähnlicher Größe ein überdurchschnittliches Defizit vorliegt. Dies gilt es, im kommenden Jahr zu hinterfragen und die Gründe zu identifizieren, um gegensteuern zu können.

Anders als die SPD, die vorgeschlagen hat, die Gewerbesteuer zu erhöhen, stellten wir den Antrag, die Rückzahlung der Gelder der Hessenkasse zwei Jahre zu stunden, was in den Jahren 2025 und 2026 jeweils 400.000 Euro spart. Der Finanzplanungserlass des Landes selbst benennt diese Möglichkeit und mit dem bereits im Vorfeld und durch unsere Beratungen erzielten Einsparungen von über einer Million Euro sollte es kein Problem sein, dass dies in der Genehmigung durchgeht. Es hilft nicht, die Bevölkerung durch irritierende Zeitungsartikel zu verunsichern. Vielmehr hilft jeder Euro, der gespart werden kann, um die Last aus der Grundsteuer B-Erhöhung zu drücken. Wie bereits eingangs erwähnt, wir waren in den Beratungen mit dem Ziel angetreten, dass die Steuererhöhungen im kommenden Haushaltsplan so gering wie möglich ausfallen sollen. Die Stadt braucht aber einen genehmigungsfähigen Haushalt 2025, um städtisches Leben weiterhin zu ermöglichen. Ein Schwimmbad, Sportstätten, Bürgerhaus, Dorfgemeinschaftshäuser und Spielplätze offen zu halten, Straßen und Wege zu unterhalten und die Stadt fortzuentwickeln. Das macht es leider erforderlich, den Hebesatz für die Grundsteuer B über die 875 Punkte, die für die Aufkommensneutralität der Stadt erforderlich sind, auf 1050 Punkte anzuheben.

Keine leichte Entscheidung, aber umso weniger ist zu verstehen, dass die SPD den Versuch, die Reduktion von 1090 auf 1050 Punkte durch das Stunden der Hessenkasse zumindest zu versuchen, dass sie das gar nicht angehen will, das kann ich nicht begreifen. Der nun vorliegende Haushaltsplan steht dadurch auf hoffentlich soliden Füßen und so stimmen wir dem Haushaltsplan 2025 in allen Teilen zu. Abschließend möchte ich nicht versäumen, mich bei der Verwaltung, und ich bitte das an alle Verwaltungsmitarbeiter weiterzugeben, für die sehr gute Zusammenarbeit zu bedanken. Ihnen allen, auch in der Zuhörerschaft, auch liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen allen, sowie Ihren Familien, wünsche ich, stellvertretend für die CDU-Fraktion, ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr.

b-now-Fraktion

Für die b-now-Fraktion gibt Fraktionsvorsitzender Christian Holm die Haushaltsrede ab. Das verwendete Redemanuskript ist wie folgt wiedergegeben:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Stadtverordnete,
sehr geehrte Mitarbeiter der Stadt,
sehr geehrte Mitglieder des Magistrats,
sehr geehrte Vertreter der Presse und
liebe Gäste und Mitbürger:

vor meiner Rede möchte ich mich vor allem bei den vielen Mitarbeitern der Stadt bedanken. Ohne sie gäbe es das alles gar nicht. Keine Sitzung, kein Bürgerhaus, keine Stadt. Sie sind das Herz unserer Stadt. Sie stehen der Politik immer offen und aufgeschlossen zur Seite, auch wenn es manchmal nicht einfach ist. Dafür gebührt Ihnen mein aufrichtiger Dank.

Aus der Balance, während wir 2023 am Limit waren, so der Titel in meiner damaligen Rede, so sind wir heute darüber hinaus. Die gestiegene Inflation, satte Erhöhung der Stromkosten, das alles spüren die Menschen und beginnen bereits weniger auszugeben und größere Investitionen zu schieben. Weiterhin haben die gestiegenen Aufgaben und Leistungen, die der Bund und das Land erbringen müssen, einen zusätzlichen massiven Einfluss auf die Städte und Gemeinden. Auch die Stadt Neu-Anspach muss mit den Effekten aus diesen Veränderungen umgehen. Gestiegene Lohn- und Sachkosten, unklare Prognosen des lokalen Gewerbes, stetiger Personalmangel, erhöhte Umlagekosten des Kreises und geringere Zuwendungen im kommunalen Finanzausgleich. All das belastet die Haushaltsplanung für 2025. Anders als im Vorjahr wurde der Haushalt diesmal sehr kontrovers und intensiv diskutiert. Trotzdem, eines ist der Haushalt nicht. Es ist kein Sparhaushalt.

Die wesentlichen Elemente im Haushalt für 2025: Die ordentlichen Erträge steigen auf 46,9 Millionen. Die ordentlichen Aufwendungen steigen ebenfalls auf 47,6 Millionen. Inklusive Sondereffekte führt das zu einem geplanten Finanzergebnis von minus 1,4 Millionen in 2025. Stark erhöhte Erträge einerseits, jedoch ebenfalls gesunkene Zuweisungen und Zuschüsse ergeben ein unklares Bild. Die Hebesätze für die Grundsteuer sollen angehoben werden und zwar über das Maß hinaus, das durch die Neuberechnung notwendig wäre. Fazit: Familie Mustermann wird mit knapp 300 Euro pro Jahr zur Kasse gebeten und das noch ohne die zusätzliche Grundsteuer B. Der Trend geht also wieder in die falsche Richtung. Aus der Balance, so hatte ich meine Rede betitelt, der Haushalt reflektiert nicht die absolute Notwendigkeit einen Sparkurs einzuschlagen. An vielen kleinen Einzelpositionen wird immer noch erkennbar, dass man am liebsten so weitermachen möchte, wie bisher auch. Lassen Sie mich das an einigen Fakten und Beispielen erklären. Das Rechnungsprüfungsamt und der Hessische Rechnungshof kommen beide zum klaren Ergebnis, dass unsere Kinder- und Jugendbetreuung zu teuer und intransparent ist, also auch nicht prüffähig und nicht auf aktuellem Recht, ob teilweise oder ganz, ist völlig unerheblich. Die Notwendigkeit einer Kündigung der Verträge sehen also viele Stadtverordnete nicht. Anstatt also wenigstens die Kosten einzufrieren, hat man sich überlegt, weiteres Geld für die Öffnung des Jugendhauses am Montag auszugeben. Der durchschnittliche Besuch eines Jugendlichen dort kostet die Stadt ca. 35 Euro. Als Vergleich, die Entleihe eines Buches oder Mediums kostet die Stadt mit 3,50 Euro weniger als ein Zehntel davon. Es wäre für die Stadt also billiger, Jugendliche dafür zu bezahlen, ein Buch zu lesen.

Obwohl ja nicht nur die Energiewende komplett gescheitert ist und die Verkehrswende künstlich beatmet werden muss, so soll doch wenigstens der Bereich Heizungswende weiter finanziert werden. So der unbedingte Wille einer der hier anwesenden Parteien. Der kommunale Wärmeplan, der sozusagen als Marketingplan für private Dienstleister gelten kann, aber durch Steuermittel finanziert wird, hat seinen Weg wieder in den Haushalt gefunden. So werden 120.000 Euro für ein Lieblingsprojekt versenkt, mit der stillen Hoffnung, dass die nächste Regierung das GEG nicht sofort kassiert. In den Haushaltsberatungen selbst wurde unter anderem auf Druck der b-now weitere Positionen gestrichen, so auch der Aufbau einer E-Lade-Infrastruktur für 40.000 Euro Steuergeld. Auch das ist eine privatwirtschaftliche Aufgabe, wie wir eben gehört haben, für die nicht der Bürger zu zahlen hat. Die Erkenntnis, dass der Staat noch nie der bessere Unternehmer war, hat sich offenbar nicht in der letzten Generation etabliert.

Der Haushalt ist jedoch nicht nur durch einen Mangel an echtem Sparwillen geprägt. Die massive Erhöhung der Kreisumlage, insbesondere in der Kita- und Schulbetreuung, sorgen für eine ordentliche Schiefelage. Hier kann man sich also entweder als Opfer der Umstände entrüsten oder selbst Gestalter der Zukunft werden. Die Bürger haben freilich keine Wahl. Sie werden anfangen, zu sparen und sie werden einige Gewohnheiten oder Ausgaben kritisch überprüfen müssen. Ein kleiner erfreulicher Aspekt, zumindest auf den ersten Blick, waren erhöhte Einnahmen durch die Gewerbesteuer 2024. Hier sorgten knapp drei Millionen zusätzliche Einnahmen für ein Lächeln. Leider waren sie teilweise auch der Grund für die gesunkene Kreisumlage. Dennoch ist die Liquidität in der Stadt als positiv zu bewerten.

Eine Mehrheit des Hauses hat eine Erhöhung der Grundsteuer B über das gebotene Maß durch die neue Berechnungsgrundlage hinaus beschlossen. Dem kann die b-now nicht zustimmen. Zur Begründung. Die Bürger werden bereits durch Inflation, Teuerungen und stark gestiegene Gebühren stark belastet. Der Haushalt enthält immer noch viele freiwillige Leistungen, die uns nicht erforderlich erscheinen. Es ist somit kein Sparhaushalt. Es scheint wenig Wille vorhanden sein, die nötigen Schritte konsequent zu gehen. Wer nicht im Kleinen spart, kann es auch nicht im Großen. Die Stadt verfügt über ausreichend Rücklagen für 2025, um ohne massive Erhöhung auf dem Rücken der Bürger auszukommen. Somit lehnen wir als b-now den Haushalt in Summe ab. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien besinnliche, gesunde und erholsame Feiertage.

FWG-UBN-Fraktion

Für die FWG-UBN-Fraktion hält Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Fleischer die Haushaltsrede. Das verwendete Redemanuskript ist wie folgt wiedergegeben:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der vorgelegte Haushaltsplan für 2025 soll heute von uns beschlossen werden. Vor einigen Wochen wurde er uns mit einer saftigen Erhöhung von 412 Punkten bei der Grundsteuer B vorgelegt. Also einem zukünftigen Hebesatz von 1.170 Punkten. Und das alles trotz eines erheblichen Überschusses in Millionenhöhe im laufenden Haushalt. Aber diese Grundsteuererhöhung ist notwendig, um einen genehmigungsfähigen Haushalt einzureichen, der die Forderung nach einem ausgeglichenen Haushalt inklusive der geforderten Liquiditätsreserve von 2 Prozent erfüllt. Als Ursache für die extrem schwierige Finanzlage der Stadt nannte der Bürgermeister in seiner Haushaltspräsentation, die im Übrigen sehr gut und aufschlussreich war, zwei

wesentliche Fakten. Zum einen die Schlüsselzuweisungen, die gegenüber 2024 um ca. 1,5 Millionen geringer ausfallen und zum anderen die Kreis- und Schulumlagen, die um ca. 1 Million steigen werden. Das heißt für das Haushaltsjahr 2025 haben wir schon jetzt 2,5 Millionen, die uns fehlen werden. Mich persönlich hat die Aussage des Bürgermeisters sehr erschüttert, zumal wir keine Möglichkeiten haben, diese Summe, 2,5 Millionen, einzusparen. Hinzu kommt, dass der Gesamtbetrag für unser Betreuungsangebot, Kita und Betreuung an den Grundschulen, auf eine astronomische Summe von 6,7 Millionen angestiegen ist. Das sind 80 % unserer geplanten Gewerbesteuerereinnahmen für 2025. Hier besteht ein zwingender Handlungsbedarf, zumal der Beitrag der Elternschaft bei circa 8,8 % der Gesamtausgaben für unser Betreuungsangebot liegt. So viel zu unserer angestrebten Drittel-Lösung. Es ist also unumgänglich, dass wir endlich auf die Sparsbremse treten.

Es hilft auch nicht, wenn wir die Wortwahl verändern, es ist grundsätzlich festzuhalten, dass Neu-Anspach ein Problem mit Kosten hat. Wir und damit meine ich uns alle, wir die Parlamentarier, der Magistrat und der Bürgermeister, müssen endlich unserem Problem in die Augen schauen. Es kann nicht sein, dass wir eine Vogel-Strauß-Politik weiterverfolgen, den Kopf in den Sand und alles ist wieder in Ordnung. Wir müssen uns endlich unserer Verantwortung stellen und ich nehme mich nicht davon aus.

Wir haben in der Tat ein Ausgabenproblem, auch wenn ich immer zu hören bekomme, dass wir den größten Teil der Kosten nicht beeinflussen können. Für mich hört sich das wie eine Ausrede an. Wir haben immer noch 25 Prozent Ausgaben, die wir beeinflussen können. Und an dieser Stelle möchte ich uns Parlamentarier in die Pflicht nehmen. Es kann nicht sein, dass wir jede Förderungsmöglichkeit für Projekte gutheißen und dabei die erheblichen Folgekosten einfach vergessen. Wir müssen mit unserem Geld auskommen. Unser Haushalt muss dringend konsolidiert werden, genauso wie es jede Neu-Anspacher Familie tun muss.

Wir alle sind gefragt, sind die Ausgaben, die wir tätigen wollen, wirklich erforderlich oder sind sie zwingend notwendig? In unserer Haushaltsklausur musste ich leider auch wieder erfahren, wie schwer wir uns tun, Einsparungen zu erzielen. An dieser Stelle hätte ich mir auch gewünscht, dass die Verwaltung und die Feuerwehren bereit gewesen wären, an der einen oder anderen Ecke zu sparen. Allerdings konnte der Bürgermeister bereits im Vorfeld 920.000 Euro einsparen. Und in unserer Haushaltsklausur ist es uns gelungen, ein weiteres kleines Sparpotenzial zu beschließen. Wir konnten die geplante Grundsteuer B von 1.170 Punkten auf 1.050 Punkte senken, was eine Einsparung von 684.000 Euro entspricht. Und jetzt das kleine Mathematikum. Wir zählen und stellen fest, wir sind über diesen 2%, die Herr Kulp vorhin erwähnt hatte, die wir nicht erreichen. Also sind wir locker darüber.

Für den Bereich der Kinderbetreuung muss ebenfalls eine vernünftige Lösung gefunden werden, zumal die bestehenden Verträge nicht mehr der aktuellen Rechtslage entsprechen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die notwendigen Vertragsverhandlungen werden im nächsten Jahr geführt. Wir hatten in den vergangenen Jahren immer von einer Drittel-Lösung gesprochen, die wir anstreben wollen. Wir waren aber nie in der Lage, die echten Kosten zu benennen. In diesem Jahr wurde unser Kindergarten von der Revision des Hochtaunuskreises geprüft. Ein Ergebnis des Prüfberichts war, dass im Durchschnitt, ohne Berücksichtigung der Trägerschaft, der Altersgruppen, der Betreuungszeiten und des Umstands, ob eine Behinderung vorliegt oder nicht, jedes Kind mit 8.166 Euro von der Stadt bezuschusst wird. Wir sind eine Solidargemeinschaft, ja. Und es ist für uns alle sehr wichtig, dass wir einige sehr gute Kinderbetreuung für alle Kinder anbieten können. Aber die Kosten sollten halbwegs fair aufgeteilt werden.

Die Eltern haben eine mittlere Gehaltssteigerung von ca. 10 Prozent erhalten und sollten an den erhöhten Kosten beteiligt werden. Zumal auch der Zuschussbedarf der Stadt wegen der gestiegenen Energie- und Personalkosten im Kita-Bereich weiter angestiegen ist. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte behaltet immer die Finanzlage der Stadt im Hinterkopf und wägt bei euren zukünftigen Entscheidungen über Ausgaben oder Förderanträge ab, ob die gewünschten Ausgaben wirklich notwendig oder dringend erforderlich sind. Auch die Folgekosten müssen immer berücksichtigt werden. An dieser Stelle möchte ich noch ein geflügeltes Wort eines ehemaligen Bürgermeisters zitieren. Noch eine Förderung und wir sind pleite.

Es wäre auch wünschenswert, wenn alle größeren Ausgaben priorisiert werden könnten. Das würde uns bei der nächsten Haushaltsklausur sicherlich helfen. Für die FWG-UBN war die Präsentation der kommunalen Beratungs- und Unterstützungsstelle des Hessischen Landesrechnungshof zum Haushalt 2024/2025 sehr hilfreich, um die Finanzlage der Stadt besser beurteilen zu können. Das war auch mit ein Grund, warum wir uns dazu entschlossen haben, dem vorgelegten Haushalt zuzustimmen. Auch wenn es natürlich weiter heißen muss, Haushaltsdisziplin zu halten.

Und zu guter Letzt möchten wir uns von der FWG-UBN bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken, insbesondere bei der Kämmerei. Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben. Wir wünschen Ihnen allen ein frohes und friedliches Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins neue Jahr und bleiben Sie gesund.

FDP-Stadtverordneter Stefan Ziegele

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus Magistrat, Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung,
ein freundliches Hallo an die Presse,
sehr verehrte Damen und Herren,

da klingelt doch was. Nein, nicht, weil in fünf Tagen Weihnachten ist. Es ist eher die hoffnungsvolle Aussage des Bürgermeisters zum Antritt im vergangenen Jahr, dass er die Taler zusammenhalte und dass es Hauptziel sei, die Grundsteuer zu senken, sobald es der Haushalt zulässt. Wir hörten es sehr gerne, aber schon die zweite Haushaltsvorlage des Rathauschefs kommt mit einer massiven Grundsteuererhöhung daher.

Einem Hebesatz jenseits der 1000 im ersten Anlauf gut 300 Prozentpunkte mehr, nach der Haushaltsklausur immer noch ein Plus von 175 Prozentpunkten. Ein trauriger Spitzenplatz. Usingen steigt um 18 Prozentpunkte, Wehrheim um 66 Prozentpunkte und Schmitten um 36 Prozentpunkte. In allen genannten Kommunen liegen die Hebesätze auch nach der Reform deutlich unter 700 Prozent. Und dort gibt es auch Kinder, Straßen und Schwimmbäder. Bei der Einbringung des Haushalts im November klagte der Bürgermeister über weniger Geld vom Kreis in Form von Schlüsselzuweisungen. Das haben wir jetzt auch mehrfach gehört. Der Haushalt also ein Opfer der Umstände? Naja, ist das denn wirklich überraschend nach den guten Steuererträgen der Vorjahre? Wie bei jedem Einkommensbezieher müssen zusätzliche Einnahmen auch irgendwann versteuert werden. Nur, dass wir Einkommensbezieher dafür Rücklagen bilden müssen. Die Stadt hat das Geld brutto für netto ausgegeben und bittet nun Bürgerinnen und Bürger zur Kasse. Zusammen mit gestiegenen Umlageverpflichtungen werden mindestens 2,5 Millionen, es sind unterschiedliche Zahlen gebraucht worden, bis 3 Millionen gebraucht.

Obendrauf gibt es noch Gebührenerhöhungen, die im kommenden Jahr die Kosten für eine Durchschnittsfamilie noch einmal um rund 300 Euro in die Höhe treiben. Als ob das nicht schon genug wäre für die Haushalte, haben Kreis und Verkehrsverband ihre Erhöhungen bereits angekündigt, ebenso wie Versicherungen, Krankenkassen, Stromversorger, Deutsche Post, Deutsche Bahn und Tankstellen. Es bleibt heftig nach dem Energiepreisschock, Lebensmittelverteuerung und Speisekarteninflation. Dabei sah es in Neu-Anspach mit zusätzlichen Gewerbesteuererinnahmen von rund 2 Millionen doch zuerst einmal ganz entspannt aus. Reicht aber nicht für die Forderungen des Kreises und es reicht auch nicht für geplante Mehrausgaben.

Zwar gelang es in der Haushaltsklausur, dem Finanzbedarf für Investitionen um ca. 1 Million zu senken, aber weniger durch Verzicht, sondern durch Verschieben auf künftige Haushalte. Das ist nicht Sparen, das ist Kosmetik. Nein, der vorgelegte Haushalt ist kein Sparhaushalt und es half leider auch nicht, dass vorher noch mit Gutachten der Rechnungsprüfer des Kreises und des Landes Hessen auf strukturelle Probleme hingewiesen wurde. Also auch in Neu-Anspach ein bisschen weiter so. Verträge mit den freien Trägern, wir haben es mehrfach gehört, werden nicht konsequent gekündigt, sondern bereits erfolglose Gespräche werden wieder aufgenommen. Die größte Zuschussleistung der Stadt verdient mehr Ernsthaftigkeit als guten Willen und Freundlichkeit. In nur zwei Jahren sind die freiwilligen Leistungen um circa 700.000 Euro auf 2,7 Millionen gestiegen. Der Verzicht auf einen fünften Öffnungstag im Jugendhaus wäre angesichts der Finanzlage ein Zeichen gewesen, wenngleich auch nur ein kleines. Auch die Verschiebung der Schuldentilgung für die Hessenkasse auf künftige Haushalte ist keine Einsparung, sondern nur eine Atempause. Dabei ist noch nicht mal sicher, ob diese Maßnahme überhaupt die Zustimmung des Regierungspräsidenten erhält. Wenn alles gut geht, sinkt der avisierte Hebesatz von 1170 auf 1050 %.

Klar, die Richtung stimmt, aber nicht genug. Gerade im Zusammenhang mit einer großen Grundsteuerreform, die voraussichtlich die Eigentümer und Mieter älterer Gebäude stärker belasten wird, kann diese Steuererhöhung zu dramatischen Verwerfungen im gesellschaftlichen Gefüge führen. Nein, wir sollten uns nicht als Opfer der Umstände selbst bemitleiden, sondern das Potenzial der Gestaltung der Zukunft erkennen.

Bitte erlauben Sie mir hierzu einige Gedanken, Herr Bürgermeister. Sie haben begonnen, Verträge zu hinterfragen, im Hinblick auf Leistungen, Bedarfe und Alternativen und sind damit auf einem richtigen Weg. Haben Sie bitte am Ende auch den Mut zur Entscheidung im Sinne einer effektiven Verwendung von Steuergeldern. Trennen Sie sich von Dienstleistern, die intransparente Kostenforderungen vorlegen. Packen Sie entschlossen die Kita-Frage an. Deutlicher als der Rechnungsprüfer des Kreises wird es niemand sagen. Wir müssen rechtzeitig Reserven für künftige Verpflichtungen gegenüber dem Kreis bilden, falls wir wieder mal in den Genuss von Mehreinnahmen kommen sollten. Weisen Sie auch bitte im Parlament auf aktuelle Defizite hin, damit Ausgaben nicht im luftleeren Raum beschlossen werden. Bilden Sie eine operationale Digitalstrategie. Sie sind auf dem richtigen Weg. Digitalisierung geht wunderbar voran, aber wir müssen sie umsetzen, denn wir müssen den altersbedingten Stellenbedarf mittelfristig reduzieren. Setzen Sie die Empfehlungen des

Landesrechnungshofs um, insbesondere die Einbeziehung von Investitionsfolgekosten. Sollte künftig eine Selbstverständlichkeit sein.

Und bitte zeigen Sie Transparenz und Agilität bei Grundstücksgeschäften und beteiligen Sie das Parlament. Wie im Bund, so auch in der Kommune, stehe ich als Vertreter der Freien Demokraten für einen Verzicht auf Steuererhöhungen und kann deshalb diesem Haushalt für 2025 und seinen Komponenten nicht zustimmen. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen Anwesenden und allen Mitbürgern und Mitbürgerinnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, sorgenfreies neues Jahr.

Stadtverordneter Till Kirberg macht es ganz kurz. Er möchte seinen Antrag dahingehend präzisieren, dass falls der Sperrvermerk ein Hindernis bei einer Förderung sein sollte, dass dann der Sperrvermerk im HFA nochmal vorgelegt wird, damit das nicht auch noch aufgrund des langen Horizontes zu einem Hindernis wird.

Der Vorsitzende, Herr Holger Bellino, gibt an, nicht zu wissen, was gemeint ist. Der Sperrvermerk sei an der entsprechenden Stelle enthalten, der HFA könne diesen dann mit entsprechender Vorlage bzw. Beratung aufheben, sofern eine positive Bestätigung zur Förderung kommt. Das heißt, wenn dem gefolgt würde, würde er entscheiden und dann muss er bewerten, ob das irgendwelche negativen Auswirkungen hat. Das bleibt dann dabei. Eine separate Abstimmung bedarf es nicht.

Er ruft zu den Abstimmungen wie zu Beginn angekündigt.

Beschlüsse:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Investitionsprogramm 2025 – 2028 gem. § 101 Abs. 3 HGO inklusive der Änderungsliste der Verwaltung.

Beratungsergebnis: 21 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 13 Stimmenthaltung(en)

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Haushaltssicherungskonzept gem. § 92a Abs. 3 HGO inklusive der Änderungsliste der Verwaltung.

Beratungsergebnis: 21 Ja-Stimme(n), 8 Gegenstimme(n), 5 Stimmenthaltung(en)

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 97 Abs. 2 und Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I 2005 S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.02.2023 (GVBl. S. 90, 93) i.V.m. § 1 Abs. 1 GemHVO folgende Haushaltssatzung 2025 inklusive des Ergebnishaushaltes, des Finanzhaushaltes, der Teilhaushalte, des Stellenplans inklusive der Änderungsliste der Verwaltung.

Haushaltssatzung der Stadt Neu-Anspach für das Haushaltsjahr 2025

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	- 46.805.993 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	47.277.944 EUR

mit einem Saldo von	471.951 EUR
----------------------------	--------------------

im außerordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	- 1.433.269 EUR

mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 EUR
mit einem Saldo von	- 1.433.269 EUR
mit einem Überschuss von	- 961.318 EUR

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	229.352 EUR
---	--------------------

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	5.556.048 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	- 6.923.450 EUR
mit einem Saldo von	- 1.367.402 EUR

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	1.409.840 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	- 1.671.894 EUR
mit einem Saldo von	- 262.054 EUR

mit einem Zahlungsmittelfehlbetrag des Haushaltsjahres von	- 1.400.104 EUR
---	------------------------

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im jeweiligen Haushaltsjahr 2025 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf

1.409.840 EUR

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2025 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf

1.540.520 EUR

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr 2025 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

2.000.000 EUR

festgesetzt.

§ 5

Bei den Steuersätzen für die Gemeindesteuern gilt die beschlossene Hebesatzsatzung.

Die Steuersätze betragen demnach:

1. Grundsteuer	
a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A)	405 v.H.
b) für Grundstücke (Grundsteuer B)	1.050 v.H.
davon Generationenbeitrag	510 v.H.
2. Gewerbesteuer	380 v.H.

§ 6

Es gilt das von der Stadtverordnetenversammlung am 19.12.2024 beschlossene Haushaltssicherungskonzept.

§ 7

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans am 19.12.2024 beschlossene Stellenplan.

Die Bindung der Planstellen an die einzelnen Teilhaushalte bzw. Produkte wird im Stellenplan aufgehoben, um der Verwaltung durch einen flexiblen Einsatz der Mitarbeiter eine rationellere Gestaltung des Arbeitsablaufes zu ermöglichen.

§ 8

- a) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen oder Kosten dürfen ohne weiteres geleistet werden, wenn sie haushaltsneutralen Charakter haben. Dies gilt insbesondere für die Abwicklung der Inneren Verrechnungen, der kalkulatorischen Kosten, die Verwendung zweckgebundener Spenden, sofern diese aus entsprechenden über- und außerplanmäßigen Einzahlungen resultieren sowie die Verrechnung der Bauhofleistungen.
- b) Über die Leistung der übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen entscheidet im Rahmen des § 100 HGO und der Budgetierungsrichtlinie der Magistrat.

Bei überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen bis zu einem maximalen Überschreibungsbetrag von 50.000 € ist der Magistrat zuständig. Ansonsten muss die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung nach Beschlussfassung im Haupt- und Finanzausschuss, eingeholt werden.

- c) Um die Zielsetzung der Budgetierung nicht zu gefährden, bleiben Deckungskreise von den vorstehenden Festlegungen unberührt.

§ 9

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Beantragung der Stundung der Hessenkassenbeiträge 2025 und 2026 gemäß Finanzplanungserlass 2025 zur Herstellung der Genehmigungsfähigkeit im Finanzhaushalt durch Senkung der Ausgleichslücke zwischen dem Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit und ordentlicher Tilgung.

§ 10

Es gelten folgende Sperrvermerke im Ergebnishaushalt:

-

Es gelten folgende Sperrvermerke im Investitionsprogramm:

- 126-13 Anbau von 2 Fahrzeughallen FFW Anspach aufzuheben durch den Haupt- und Finanzausschuss

Beratungsergebnis: 21 Ja-Stimme(n), 13 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, mit Antrag auf Genehmigung des Haushalts 2025 einen Antrag auf Stundung der Hessenkassen-Raten 2025 und 2026 bei der Aufsichtsbehörde zu stellen.

Beratungsergebnis: 21 Ja-Stimme(n), 12 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

5.6 Hebesatzsatzung 2025

Vorlage: 197/2024

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet Ausschussvorsitzende Ulrike Bolz. Der Haupt- und Finanzausschuss habe mehrheitlich folgende Hebesätze beschlossen: für die Grundsteuer A 405 Prozentpunkte, für die Grundsteuer B die mehrfach schon genannten 1050 Prozentpunkte und die Gewerbesteuer verbleibt bei 380 Prozentpunkten. Das ist mehrheitlich beschlossen worden und soll zum 01.01.2025 in Kraft treten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt aufgrund der §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I 2005 S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.02.2023 (GVBl. S. 90, 93), des § 25 des Grundsteuergesetzes (GrStG) vom 07.08.1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 02.12.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 387) und des § 16 des Gewerbesteuergesetzes (GewStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2002 (BGBl. I S. 4167), zuletzt geändert durch Gesetz vom 02.12.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 387) folgende

Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer - Hebesatzsatzung -

§ 1

Die Hebesätze für die Grundsteuer und für die Gewerbesteuer werden wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|----|-----------------------|---|
| 1. | Grundsteuer | |
| | a) | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 405 v.H. |
| | b) | für die Grundstücke (Grundsteuer B) 1050 v.H. |
| 2. | für die Gewerbesteuer | 380 v.H. |

§ 2

Die Höhe des Hebesatzes der Grundsteuer B ist in Verbindung mit der Nachhaltigkeitssatzung vom 26.06.2019 zu sehen. Demnach enthält der in § 1 festgesetzte Hebesatz einen Generationenbeitrag von 335 v.H.

§ 3

Diese Satzung tritt zum 01.01.2025 in Kraft und gilt fortwährend, bis sie durch eine neue Satzung ersetzt wird.

Beratungsergebnis: 21 Ja-Stimme(n), 13 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

6. Mitteilungen des Magistrats

6.1 Ev. Kindertagesstätte Anspach, Unterm Himmelszelt Korrektur der Abrechnung für das Haushaltsjahr 2023 Vorlage: 253/2024

Mitteilung:

Für die Ev. Kindertagesstätte Unterm Himmelszelt wurde eine Korrektur zur vorläufigen Abrechnung für das Haushaltsjahr 2023 vorgelegt. Der Träger hat festgestellt, dass bei der vorlegten Abrechnung ein Fehler unterlaufen und erst jetzt aufgefallen ist.

Zum Hintergrund wurde darüber informiert, dass aufgrund des hohen Bedarfs an U3-Plätzen von Seiten der Stadt eine Genehmigung erteilt wurde, auch die zweite Gruppe in der Ev. Kita ab Sommer 2023 als altersübergreifende Gruppe zu führen, um diesem Bedarf Rechnung zu tragen. Als Träger ging sowohl die Ev. Kirchengemeinde als auch die Verwaltung zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass sich dies auch in der Finanzierung niederschlagen und beide Gruppen rechnerisch als U3-Gruppen mit einem höheren städtischen Anteil geführt würden. Dementsprechend wurden die Berechnungen von Seiten der Regionalverwaltung angepasst (sieben Monate alte Regelung für eine Gruppe mit 85 % städtischer und 15 % kirchlicher und eine Gruppe mit 90 % städtischer und 10 % kirchlicher Beteiligung sowie 5 Monate 90 % städtischer und 10 % kirchlicher Beteiligung für beide Gruppen).

Erst im Laufe des Jahres 2024 stellte sich heraus, dass die EKHN entgegen dieser Annahme die Finanzierung bei altersübergreifenden Gruppen von der Anzahl der U3-Kinder in der Einrichtung abhängig macht. Solange in die betreffende Kita nicht mehr als 12 U3-Kinder (entsprechend einer reinen U3-Gruppe) aufgenommen werden, bleibt es bei der Beteiligung durch die Stadt (eine Gruppe 90 % Stadt/10 % Kirche und eine Gruppe 85 % Stadt/15 % Kirche). Diese Beteiligung war bei der Abrechnung 2023 nicht berücksichtigt, so dass der städtische Anteil mit 90 % für beide Gruppen abgerechnet wurde. Aus dieser Korrektur ergibt sich jetzt eine Überzahlung für das Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 6.679,98 €, die von der Kirche zurückgezahlt wird.

Da die Revision des Hochtaunuskreises zur Grundlage für die aktuelle Prüfung die Angaben aus dem Jahr 2023 berücksichtigt, wurde die Korrektur auch dorthin weitergeleitet.

Für das Haushaltsjahr 2024 wird die Korrektur ebenfalls bei der Vorlage der Abrechnung berücksichtigt werden. Auch hier bildete die Beteiligung von 90 % Stadt und 10 % Kirche für beide Gruppen Grundlage zur Haushaltsplanaufstellung.

Die vorgelegte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 hingegen wurde den aktuellen Gegebenheiten gemäß der Abrechnung 2023 angepasst und entsprechend aufgestellt.

6.2 Nachrücker für den Seniorenbeirat

Vorlage: 263/2024

Mitteilung:

Am 28.10.2024 hat Frau Ursula Oestreich ihr Mandat im Seniorenbeirat aus persönlichen Gründen niedergelegt.

Nach § 11 der Wahlordnung für den Seniorenbeirat hat die Verwaltung als nächsten noch nicht berufenen Bewerber Herrn Herbert Geisler ermittelt. Herr Geisler hat das Mandat am 16.11.2024 schriftlich angenommen.

6.3 Vorstellung des Städtebaulichen Rahmenkonzepts „Wenzenholz“

Vorlage: 267/2024

Mitteilung:

Für die Siedlungsentwicklung des rund 28 ha großen Plangebiets „Wenzenholz“ wird derzeit das städtebauliche Rahmenkonzept erarbeitet. Neben der Ausweisung von Gewerbegebieten ist auch die Realisierung von Wohnen und gemischt genutzten Flächen vorgesehen. Vorab wurde für das Gesamtgebiet bereits ein Zielabweichungsantrag eingereicht, dem die Regionalversammlung Südhessen am 15.03.2024 stattgegeben hat.

Die Entwicklung des Gebiets soll in mehreren Bauabschnitten erfolgen. Für den ersten Bauabschnitt (1. BA), das ca. 7 ha große Gewerbegebiet der Gewerbepark Anspach Ost Entwicklungsgesellschaft mbH (GAOE), wurde bereits der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan gefasst (Bebauungsplan „Gewerbegebiet Wenzenholz 1. BA“). Parallel hierzu wird auch die Änderung des RegFNPs erfolgen. Für den 2. Bauabschnitt (2. BA) wurde mit der HRW Neu-Anspach GmbH ein Investor gefunden, der das ca. 10 ha große Areal als Wohngebiet mit Übergangszone in mehreren Abschnitten entwickeln wird. Die restlichen Flächen sind in Privatbesitz und sollen perspektivisch ebenfalls als Wohn- bzw. Gewerbegebiet entwickelt werden.

Der Hauptanschluss für das Gesamtgebiet soll über die Heisterbachstraße erfolgen.

Eine wesentliche Besonderheit des Plangebiets ist seine Topografie. Das Gelände fällt in Richtung Norden und Osten deutlich ab. Daher wird das Gelände modelliert werden müssen. Ziel der städtebaulichen Planung wird jedoch sein, möglichst geringe Abgrabungen bzw. Aufschüttungen zu verursachen. Des Weiteren sind aufgrund vergangener Starkregenereignisse, die zu gravierenden Überschwemmungen im nördlich gelegenen Stadtteil Westerfeld führten, die Themen Entwässerung, Starkregenvorsorge und Hochwasserschutz von sehr großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund ist die Zusammenarbeit mit verschiedenen Fachplanungen (Erschließungsplanung, Verkehrsplanung etc.) bereits angelaufen.

Das Konzept für den Wohn- und Übergangsbereich liegt derzeit in zwei unterschiedlichen Varianten vor. Die Unterschiede finden sich insbesondere in der Gestaltung der Übergangszone, der Erschließungsart sowie der Zusammensetzung der Nachbarschaften und Typologien. Aufgrund des vorliegenden Planfeststellungsbeschlusses für die Elektrifizierung der Taunusbahn orientiert sich das städtebauliche Konzept derzeit entsprechend der Dichtevorgaben des Regionalplans an einer Dichte von 45 WE/ha. Dies bedeutet eine Anzahl von rund 500 WE im Bereich der HRW und weiteren rund 150-200 WE im restlichen Wohnbereich (privat). Ein anstehender Termin mit dem Regionalverband sollte zu dieser Thematik Aufklärung leisten.

Der aktuelle Zeitplan sieht vor, bis ca. Februar 2025 das städtebauliche Rahmenkonzept für das Gesamtgebiet sowie für den 1. BA einen vertiefenden städtebaulichen Entwurf zu erarbeiten. Der Vorentwurf des Bebauungsplans „Gewerbegebiet Wenzenholz 1. BA“ soll zur nächsten Sitzungsrunde vorgelegt werden.

6.4 Kostenbeitragssatzung für die Kindertagesstätten Mittagstischverpflegung in den ev. Kindertagesstätten

Vorlage: 268/2024

Mitteilung:

Am 20.11.2024 fand ein Gespräch mit Vertretern des Dekanats Hochtaunus, der GüT sowie der Ev. Regionalverwaltung statt. Das Gesprächsprotokoll ist diesen Mitteilungen als Anlage beigefügt. Auf den vorliegenden Bericht des Rechnungsprüfungsamtes wurde ebenfalls verwiesen, der in der letzten Sitzungsrunde den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorliegt.

In diesem Gespräch wurden auch die neue Kostenbeitragssatzung und die daraus resultierenden Verpflegungsentgelte für die Ev. Kindertagesstätten thematisiert. Die Vertreter der kirchlichen Einrichtungen teilten mit, dass sie während der Vertragsverhandlungen unter dem laufenden Vertrag die Eltern nicht über die Maßen belasten möchten und die ev. Kirche als Trägerin in 2025 ab dem 01.02.2025 Essenbeiträge auch nur in Höhe der Essenbeiträge der städtischen Kindertagesstätten (nach Satzungsbeschluss 117,00 €/Monat) erheben wird.

6.5 Änderung der Gruppenstruktur in der Ev. Kita Hausen-Arnstach

Vorlage: 275/2024

Mitteilung:

Das Ev. Dekanat Hochtaunus hat eine vorübergehende Änderung der Gruppenstruktur beantragt, um dem aktuellen Belegungsstand der Einrichtung sowie dem aktuellen Bedarf Rechnung zu tragen und somit das bestmögliche wirtschaftliche Arbeiten in der Einrichtung zu ermöglichen.

In der Einrichtung werden demnach zwei Gruppen, eine altersübergreifende und eine Regelgruppe, betreut. Zuvor wurde die Einrichtung mit drei Gruppen betrieben, einer Kleinkindgruppe und zwei Regelgruppen.

Die Änderung der Gruppenstruktur ist bereits in der Haushaltsplanung 2025 berücksichtigt.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 26.11.2024 beschlossen, der vorübergehenden Änderung der Gruppenstruktur in der Ev. Kita Hausen-Arnzbach zuzustimmen.

Es wurde festgestellt, dass die Einrichtung vorübergehend nur mit einer altersübergreifenden und einer Regelgruppe betrieben wird.

7. Liste offener Punkte / Beschlusskontrolle

8. Anfragen und Anregungen

9. Sonstige Anfragen und Anregungen

9.1 Anfragen und Anregungen

Beschluss:

Hans-Peter Fleischer berichtet, man habe eine Baustelle auf der Adolf-Reichwein-Straße. Die sei heute wirklich größer geworden. Der ganze Sand ist ausgelaufen und landet auf der Straße. Man habe von den Grünen gehört, dass die Sicherheitslage da auch nicht so toll ist. Er möchte doch darum bitten, dass da irgendwie für Abhilfe gesorgt werde, dass es dann dort auch für Autofahrer und Fußgänger sicher ist, an dieser Stelle vorbeizufahren.

9.2 Anfragen und Anregungen

Beschluss:

Stadtverordneter Till Kirberg hat eine Anregung. Dieser bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt 4.1, das war die Vergrößerung des Baufensters beim Aldi. Da wäre noch die Anregung, dass man im Zuge dieser Umplanung vielleicht mal schaut, ob man die Verkehrssituation zwischen Aldi und Lidl bezüglich der Bushaltestellen, die dort gebaut sind, mal etwas überdenkt. Viele Leute, die dort ein- und ausfahren, neigen dazu, in den Gegenverkehr zu fahren oder biegen so eng ab, dass sie sich die Felgen da am Bordstein anhauen. Vielleicht kann man das ja im Zuge dessen mal mit angehen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung sehr herzlich. Es sei eine engagierte Diskussion gewesen, aber sie war wirklich absolut bei allen Differenzen, die da sind, absolut konstruktiv, auch wenn es unterschiedliche Auffassungen gibt. Es sei auch friedlich geblieben in der Vorweihnachtszeit. Er dürfe sich sehr herzlich noch einmal bedanken für die Mitarbeit in dem vergangenen Jahr. Er lade gerne noch einmal zu einem kleinen Imbiss ein. Er wünscht allen Anwesenden und deren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes 2025. Er schließt die Sitzung um 22:30 Uhr.

Holger Bellino
Vorsitzender
Stadtverordnetenversammlung

der

Mathias Schnorr
Schriftführer